

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Nr. 37.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 16. September 1911.

Redaktion: H. Meitmann, Düsseldorf, Corneliustr. 66. Expedition u. Druck von Joh. van Nieu, Aachen. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

13. Jahrg.

Was zauderst du noch?

Was zauderst du noch und fürchtest dich,
Hand an die Arbeit zu legen?
Schau, wie in edlem Eifer sich
Viel tausend Hände regen;
Wenn alle schaffen, kannst du allein
Nicht unter Bienen die Drohne sein!

Wer feige dem heiligen Kampfe flieht
Mit gottlosen Widersachern,
Und müßigen Armes die Habgier sieht
Mit des Volkes Schweiges schwachern,
Hat sich dem Unrecht zur Seite gestellt
Und zu den Feinden des Volkes gesellt!

Wir wollen nicht Ehre und eiteln Ruhm,
Nicht gleißenden Mammon erstreben,
Wir wollen ein freies Menschentum
Und die Arbeit zur Würde erheben:
Wir wollen in männlichem Gottvertrau'n
Der besseren Zukunft die Wege bau'n!

Bei allen Stürmen bleib' unentwegt,
Gleich wie im Wetter die Eiche
Tiefer die nährenden Wurzeln schlägt,
Dem Rechte keinen Zoll breit weiche;
Wohlan denn, tret' in unsere Reih'n,
Dem edelsten Streben die Kräfte zu weih'n!
J. Grewen.

Sozialistische Gewerkschaften und Partei.

II.

Die sozialdemokratische Presse hat sich immer herausgenommen, in die Gewerkschaftsbewegung und in ihre Aktionen hineinzureden. Warum auch nicht? Die Partei war doch jederzeit das erste, die Gewerkschaftsbewegung das zweite und dritte. Die Partei stand immer gegenüber den Gewerkschaften im Verhältnis des Vaters zum Sohne. Carl Kautsky, der marxistische Theoretiker der deutschen Sozialdemokratie, hat Ende Februar d. J. vor einer Delegation belgischer Gewerkschafter in Berlin einen Vortrag gehalten über „Die taktischen Strömungen in der deutschen Sozialdemokratie“. Der Vortrag ist mittlerweile als Broschüre erschienen. Und was lesen wir da? Die Anfänge der deutschen Gewerkschaften tauchen erst im Gefolge der sozialistischen Bewegung auf, „deren bloßes Anhängsel sie lange bildeten“. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist einzig das Werk der Sozialdemokratie. Partei und Gewerkschaften waren nur zwei Seiten derselben Sache: sie hatten dieselben Mitglieder und „der Mensch läßt sich nicht künstlich spalten“. Bis die Generalkommission ins Leben trat (1891), hatten sagen „freie“ Gewerkschaften und sozialdemokratische Partei in Deutschland bloß eine Zeitung, nämlich die der Sozialdemokratie. Die Generalkommission hätte ein Mittel der Verfestigung der „freien“ Gewerkschaftsbewegung werden können; zeitweise schien es so, als verfolge sie solche Pläne. Allein nur zu bald hat sich herausgestellt, daß sie das unmöglich könnte, selbst wenn sie es gewollt hätte. Sie waren eben alle gute Sozialdemokraten und — „der Mensch läßt sich nicht künstlich spalten“. Die Generalkommission und mit ihr die gesamte sogen. „freie“ Gewerkschaftsbewegung ließ sich Stück um Stück, manchmal etwas widerwillig, manchmal demütig blinzeln, das Rückge-

brechen, und heute liegt die ganze Bewegung an den Ketten der Partei. Unwiderruflich. Der Vater hat seine Autorität über den erwachsenen Sohn bewahrt, indem er ihn einmal mit Butterbrot, das andere Mal mit der Peitsche (mehr mit der letzteren) behandelte. Die Gewerkschaften aber sind sich ihrer Sohnespflichten immer bewußter geworden. Sozialdemokratisch allerwege.

Sie können gar nicht anders: Die sozialdemokratische Presse macht ihnen die Politik und auch die gewerkschaftliche Meinung. Je mehr sich die Gewerkschaften bemühen, die sozialistische Parteipresse zu stärken und zu verbreiten (und sie leisten Unglaubliches darin), um so mehr müssen sie den geistigen Druck dieser Presse auf das gewerkschaftliche Leben und Arbeiten verspüren. Das Hineinreden in gewerkschaftliche Dinge seitens der Partei wird eine Selbstverständlichkeit. Alles Jammern und Klagen darüber ist in den Wind gebläht.

Heute schickt sich die Partei ja bereits an, die letzte kleine Freiheit, die sich die Zentralinstanz der Gewerkschaften anscheinend noch bewahrt hat, nämlich die, die Lehrkräfte in der Gewerkschaftsschule in Berlin selbst zu bestimmen, zu nehmen. Vor dem letzten Dresdener Gewerkschaftskongress ging ein wahres Messeltreiben los gegen die ehemaligen Parteisozialisten Georg Bernhard und Richard Galwer, die zur Zeit noch als Lehrkräfte an der Gewerkschaftsschule fungieren. Durch etliche Parteiführer hat die Sozialdemokratie in den verschiedenen Gewerkschaftsverbänden gegen diese beiden Lehrer krakeelen lassen, und die radikale Parteipresse hat mit vollem Backen in den Sturm hineingeblastet. Namentlich der treue Vasall der sozialdemokratischen Partei, der „Textilarbeiter“, führte das Wort. Auf der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes in Mannheim ging es im selben Sinne los. Der „Vorwärts“ und die „Leipziger Volkszeitung“ schlugen mit Knütteln auf Bernhard und Galwer ein. Der eine wurde als „größter Lump im ganzen Land“ verschrien, der andere als „Unternehmerhühling“ und „Verräter an der Arbeiterklasse“. In der „Leipziger Volkszeitung“ setzte die unvermeidliche Rosa Luxemburg auseinander, daß es keine besondere wissenschaftliche Theorie der Gewerkschaftsbewegung gäbe, nur eine Theorie des proletarischen Klassenkampfes, und die wäre für Partei wie Gewerkschaften ein und dieselbe. Zusammen wäre eigentlich grundsätzlich nicht einzusehen, warum sich die Gewerkschaften eine eigene Gewerkschaftsschule zur Ausbildung von Funktionären leisteten. Die Parteischule könnte das sogar gerade so gut machen.

Es ist bis heute nicht gelungen, die Gewerkschaftsschule zu beseitigen. Bisher wird man sie auch noch ruhig bestehen lassen. Das nächste Ziel ist die Säuberung des Lehrerkollegiums im Sinne der alleinfeindlichen Klassenkampftheorie. Es ist nur eine Frage der Zeit, und Georg Bernhard und Richard Galwer werden nicht mehr Lehrer sein. Inzwischen machen die Gewerkschaften fleißig Gebrauch von den Klauen, die ihnen auf der Parteischule eingeräumt sind. Der eine oder andere gewerkschaftliche Parteiführer hält dann eine Rede zum Kursus-schluß, wie am Schluß des dritten Kursum Silber Schmidt vom Maurerverband, und die Parteipresse wird dann diese gewerkschaftliche Stimme zu Gunsten der Parteischule agitatorisch verwerthen.

Freie Gewerkschaften und Sozialdemokratie, zwei Seiten ein und derselben Sache, eins im Klassenkampfgedanken! Und doch widerspricht die reale gewerkschaftliche Arbeit dieser Verkettung mit den Parteizielen einer Sozialdemokratie. Das Ende solchen „Zusammenarbeitens“ kann somit nur der Ruin der gewerkschaftlichen Bewegung sein.

Die christlichen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1910.

Die Ortskartelle haben auch für unsere Bewegung an Bedeutung gewonnen, zumal sich deren Zahl in den letzten Jahren ständig vermehrt hat. Leider fehlte es bisher an einer Statistik, die wenigstens in etwa einen Einblick in die Tätigkeit und die Erfolge der Kartelle gestattet. Tätigkeitsgebiet und -möglichkeiten derselben sind ja überall von gleicher Art, so daß eine Statistik sehr wohl die Möglichkeit böte, bezüglich des organisatorischen und agitatorischen Lebens in den einzelnen Kartellen Vergleiche anzustellen. Diesem Mangel hat nun das Generalsekretariat abgeholfen. Dasselbe hat zum erstenmal einen Bericht herausgegeben, der die Tätigkeit der christlichen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1910 umfaßt. Da dieser Bericht ja nun wohl alljährlich erscheinen und auch noch weiter entwickelt und vervollkommen werden wird, ist damit eine weitere fühlbare Lücke in unserm Gewerkschaftswesen ausgefüllt. Die gesammelten statistischen Angaben des Generalsekretariats sollen vornehmlich positiven Zwecken dienen: sie sollen nicht nur darüber, was getan wurde, sondern auch wie man gearbeitet hat: sie sollen auch anregend wirken und einen edlen Wettstreit zwischen den einzelnen Kartellen auslösen.

Die Zahl der Kartelle betrug im Oktober 1909 nach einer Veröffentlichung im Zentralblatt 190, im April 1910 nach derselben Quelle 195. Ende 1910 war diese Zahl auf 214 gestiegen. Das bedeutet eine Zunahme von 19 Kartellen. Den Hauptanteil an dieser Zunahme hatte das Saargebiet, wo Ende des Jahres 11 neue Kartelle errichtet wurden; wessen handelt es sich hier nicht um kleine Kartelle, sondern um Unterarten des Bezirkskartells Saarbrücken. Dieselbe Entwicklung findet sich auch bei andern Bezirkskartellen, besonders bei den Kartellsekretären angeheilt sind. Solche Unterarten haben im übrigen dieselben Funktionen wie alle anderen. Der engere Anknüpfung aber mag zur besseren, weil gemeinsamen Wahrnehmung der Gewerkschaftsinteressen bed.

Von den 214 an die einzelnen Kartelle versandten Fragebogen kamen 193 ausgefüllt zurück. Davon enthielten 189 brauchbare Angaben über den

Aufbau der Kartelle.

In den 189 Kartellen waren 1797 Verbands-Mitglieder vereinigt, denen insgesamt 189323 Mitglieder angeschlossen waren. Die Mitgliederzahl der 21 fehlenden Kartelle dürfte mit 12000 nicht zu hoch gegriffen sein (Dortmund hat allein etwa 6000). Diese eingerechnet gehören den Kartellen rund 201000 Mitglieder an, das sind bei einer Mitgliederzahl des Gesamtverbandes von 316000 am 31. Dezember 1910 63,9%. Soweit sich übersehen läßt, sind an der gesamten Mitgliederzunahme des Jahres 1910 die Kartelle mit der weitestgehenden Ziffer beteiligt, nämlich mit etwa 25000. Eine Zunahme von nur etwa 11000 entfällt auf den Teil der Bewegung, der nicht in Kartellen zusammengefaßt ist.

Daraus ist zu entnehmen, daß den Kartellen sehr große Aufgaben zukommen. Diese Tatsache beweist die Notwendigkeit und Bedeutung der Kartelle für unsere Bewegung. Die Bildung von Orts- und Bezirkskartellen kann daher nicht dringend genug empfohlen werden; das gilt besonders für die Gewerkschaftsfunktionäre. Es sollte, wie dies tatsächlich der Fall ist, nicht vorkommen, daß an Orten, wo ein oder mehrere Sekretäre sitzen, ein Kartell nicht zustande kommt. Es sei darum hier die Anregung und zugleich dringende Bitte ausgesprochen, überall da, wo mehr als ein Verband vertreten ist, ein Kartell ins Leben zu rufen. Ratsschlüsse und Einleitung werden durch das Generalsekretariat erteilt. Einen Zweck hat die Gründung jedoch nur, wenn der ernste Wille zur Arbeit besteht. Mit der bloßen Gründung ist unserer Bewegung nicht gebient.

Von den hier berücksichtigten Kartellen umfassen 143 bis zu 1000, 44 über 1000 bis 10000 und 2 über 10000 Mitglieder. Den Kartellen nicht angeschlossen waren ins-

gesamt 95 Ortsgruppen. Davon entfallen allein auf die Staatsarbeiter 56 Gruppen. Unser Verband kommt hier mit einer Ortsgruppe in Betracht. Zu beachten ist indes, daß etwa die Hälfte der nicht angeschlossenen Gruppen Neugründungen waren, auf deren Anschluß bestimmt gerechnet werden kann. Interessant sind die Gründe, die für das Verhalten der nicht angeschlossenen Gruppen angeführt werden. Da heißt es von den Eisenbahnern "Standesdünkel", "Furcht vor der Behörde", "Kein Solidaritätsgefühl", "Fühlen sich als Beamte", "Beitrags scheu" usw. Bei den Telegraphenarbeitern lauten die Antworten ähnlich. Bei den anderen Berufen ist es "Beitrags scheu", "Kein Solidaritätsgefühl", "Abneigung", "Mangelnde Einsicht", "Interesselosigkeit" usw. Der Bericht meint dazu mit Recht: Das sind uns alle alte Bekannte, mit denen der tätige Gewerkschafter rechnen und die er bekämpfen muß. Rationieren hilft da nicht, nur unermüdete Aufklärung. Schließlich können in dringenden Fällen das Generalsekretariat oder die einzelnen Verbandsvorstände bei dem Anschluß an das Kartell behilflich sein. Für Norddeutschland kommt dazu, daß der allgemeine Gewerkschaftsgedanke den Eisenbahnhandwerkern und -Arbeitern sowie den Telegraphenarbeitern noch verhältnismäßig neu ist. Bei richtiger Behandlung dieser Arbeiterkategorien werden auch sie baldigt allgemein zum Anschluß an die Ortskartelle zu bestimmen sein.

Die Tätigkeit der Gewerkschaftskartelle

Kommt vor allem zum Ausdruck im Versammlungs-, Agitations- und Bildungswesen. Ueber das Versammlungs wesen enthalten 185 Fragebogen brauchbare Angaben. Danach haben 3064 Versammlungen stattgefunden. Von diesen waren 367 öffentliche. Kartell-(delegierten)-Sitzungen fanden 1632 statt und außerdem 1065 Vorstand- und Vertrauensmännersitzungen. Von den Kartellen hatten 122 regelmäßige monatliche Sitzungen vorgezogen. Tatsächlich haben diese 122 Kartelle meistens jährlich 11 Sitzungen gehabt. Das läßt auf ein regelmäßiges, geordnetes Arbeiten schließen. — Zweimonatlich, vierteljährlich oder nach Bedarf hatten 63 Kartelle ihre Versammlungen. Die Bemerkung "nach Bedarf" läßt wohl darauf schließen, daß "etwas faul ist im Staate Dänemark". Die Kartellversammlung ist das geistige Bindemittel der Arbeiter der verschiedenen Berufe untereinander. Wird sie vernachlässigt, so kann das nur zum Schaden der Bewegung am Orte geschehen.

Bezüglich erzielter agitatorischer Erfolge, die allerdings nicht immer auf das Konto des Kartells zu schreiben, sondern oft auch gute Leistungen einzelner Berufsgruppen sind, werden Angaben über 32 Ortskartelle gemacht, die insgesamt die Neugründung von 56 Ortsgruppen melden konnten. Andere Kartelle berichten über erfolgreiche Hausagitationen, öffentliche Versammlungen und Flugblättervertrieb. Ein Kartell vertrieb 60000 Flugblätter. Wieder andere berichten von Erfolgen durch den gegenseitigen Austausch der Mitgliederlisten mit den konfessionellen Vereinen zwecks Agitation; manche auch sind durch Fabrik- und Betriebsbesprechungen oder durch die erfolgreiche und systematische Tätigkeit von besonderen Arbeitskommissionen ihrem Ziel näher gekommen.

Auf statistische Erhebungen ist im allgemeinen noch wenig Wert gesetzt worden. Es fanden deren im ganzen nur 31 statt, veranstaltet von 26 Kartellen. Die Erhebungen erstreckten sich auf Organisations-, Wohnungs-, Arbeitslosen-, Lohn- und Preisverhältnisse, sowie auf die Jugendfrage.

Neben der Tätigkeit zur Ausbreitung der Bewegung ging die innere Vertiefung und Weiterbildung der Mitglieder einher. Beides wurde am stärksten durch Unterrichtskurse und Volkshilfsabende. Von ersteren fanden in 88 Kartellen 113 statt mit einer Gesamtteilnehmerzahl von 3135 Personen. Daneben wurden 163 Volkshilfsabende von 55 Kartellen veranstaltet, also auch hier eine äußerst rege Tätigkeit.

Eine weitere, äußerst wichtige Betätigung der Kartelle liegt auf dem Gebiet der sozialen Bahnen. Mit dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung, die ja bekanntlich die Verhältnisse wohl bringt, wird gerade dieses Gebiet für uns noch weit bedeutungsvoller. Schon unter den jetzigen Verhältnissen waren gute Erfolge zu verzeichnen. Es hatten Beisitzer bzw. Vertreter an:

Kartelle	Beisitzer	Vertreter
Gewerbegerichteten	197	465
Krankenkassen	93	4779
Schiedsgerichten	58	458

Das sind 5702 Personen, die durch ihre ehrenamtliche Tätigkeit einen gewissen indirekten Einfluß zugunsten unserer Bewegung ausüben, indem sie ihr Amt gewissenhaft verwalteten und die Interessen der Arbeiter nachdrücklich vertreten, ohne dabei sozialdemokratische Manieren anzunehmen.

Zeitlich festzulegen wurden von 98 Kartellen 116, meistens waren es jungen Gewerkschaftsjahre, veranstaltet.

Das Finanzgebahren der Kartelle

darf als ein gutes bezeichnet werden. Die Gesamteinnahme betrug bei 165 Kartellen 111726,94 M. Die Ausgaben beliefen sich auf 81262,60 M. Es wurden verausgabt für Agitation 13912,66 M., für soziale Bahnen 11598,68 M., für Rechtschutz und Sekretariate

11708,83 M., für Bibliotheken und Lesezimmer 1414,92 M., für Verwaltung 8380,61 M., Sonstiges 34237,87 M. Die Kartellbeiträge schwanken zwischen 10 Pf. und 1,80 M. pro Jahr. 136 Kartelle erheben einen Beitrag von 40 Pf., und mehr pro Jahr. Der Durchschnittsbeitrag beträgt bei 170 Kartellen 48,6 Pf. Das sind gewiß ganz respectable Leistungen. Die Höhe der Beiträge ist in manchen Kartellen wesentlich beeinflusst worden durch die notwendig gewordene Anstellung von Kartellbeamten.

Die Kartelle müssen auch in Zukunft nach einer wirklich gesunden finanziellen Grundlage streben. Das Ideal ist ein gleichmäßiger Beitrag für alle Berufsgruppen, ohne Rücksicht auf deren Stärke. Da auch alle, wenn nicht den gleichen materiellen, so doch den gleichen moralischen Nutzen vom Kartell haben.

Einrichtungen der Kartelle

sind zu nennen die Bibliotheken. Es bestanden solche in 76 Kartellen mit 6166 Bänden. Manche Kartelle nahmen von der Einrichtung von Bibliotheken Abstand, weil die Ortsgruppen solche besaßen. Einen Schriftenvertrieb haben 40 Kartelle ungenutzt. Die Zahl dürfte größer sein, da der Vertriebs der gewerkschaftlichen Literatur von größter Wichtigkeit ist. Die Durchführung des Generalsekretariats beruht alle Kartelle auf dem Prinzip der Vertretung durch eine Kommission, und nicht durch einen Ausschuss, wie das bei uns üblich ist.

Für ein geschultes Sekretariat sind in den Gewerkschaften von uns ein großer Nachdruck zu legen. Die Namen der verantwortlichen und willigen Kollegen hat der Vorsitzende oder der beauftragte Vertrauensmann zusammenzustellen. Bei Bedarf wenden sich die Kartelle an ihn. Leider hat auch von dieser wichtigen Einrichtung nur die geringe Anzahl von 35 Kartellen bisher Gebrauch gemacht.

Kartellsekretariate mit freigestellten Kollegen, welche ausschließlich aus den Mitteln des Kartells unterhalten werden, bestanden sieben in folgenden Städten: Aachen, Köln, Düsseldorf, Essen, Gelsenkirchen, München und Saarbrücken. Die ganze Arbeit der Kartelle in diesen Orten ist naturgemäß eine systematischere und intensivere. Sie ist aber auch eine erfolgreichere. Von den 25000 neuernannten Mitgliedern, die 193 Kartelle zu verzeichnen hatten, entfielen allein 7091 auf die vorgenannten sieben. Ein Beweis, wie erstrebenswert die Anstellung von Kartellbeamten für größere Gewerkschaftskartelle ist.

Diese erste ausführlichere Uebersicht über die Wirkksamkeit unserer Gewerkschaftskartelle ist der beste Beweis für die Entwicklungsfähigkeit der christlichen Gewerkschaften auch auf diesem Gebiete. Mit besonderer Einbringlichkeit geht aus ihr die Notwendigkeit hervor, eine größere Gleichmäßigkeit in den verschiedenen Kartellen und ihren Leistungen — soweit eine solche im Bereich der Möglichkeit liegt — herbeizuführen. Wo das Bild ein günstiges ist, ist es bis heute wesentlich nur eine geringe Anzahl von Kartellen, denen das zu verdanken ist. Und zwar sind es durchweg solche, die in finanzieller Beziehung auf der Höhe sind. Das ist die deutliche Antwort für alle jene, die eher den Blick auf Hilfe von außerhalb richten, als selbst die Hand anzulegen. Insbesondere sollte man doch nicht alles Heil immer wieder vom Gesamtverband bzw. vom Generalsekretariat erwarten. Auch wäre es verfehlt, wenn man sich zur Entschädigung für nicht genügende Leistungen an die Verhältnisse anklammern wollte, daß kein Kartellbeamter zur Verfügung steht. Es kann nicht überall da, wo 1000 oder 2000 Mitglieder sind, ein Beamter hingestellt werden; dazu fehlen einfach die Mittel. Da, wo der rechte Idealismus in der Bewegung herrscht, wird es immer vorzuziehen sein, wenn auch unter oft schwierigen Verhältnissen. Unsere Bewegung hat ihre siegreiche Kraft längst bewiesen. Unsere Sache ist aber auch der äußersten Anstrengungen wert. Zur Innungsbefähigung gibt die erste Uebersicht über das christliche Gewerkschaftskartellwesen keinen Anlaß. Viele werden sich aber daraus überzeugen lassen, daß in den nächsten Jahren mit allen Kräften gearbeitet werden muß, um unsere Sache auf der Höhe zu erhalten und vorwärts zu bringen.

Wie soll der Fortbildungsunterricht für Arbeiterinnen eingerichtet sein?

(Zu dem Artikel in Nr. 34 der "Textilarbeiter-Zeitung".)

Wahrlich die Gewerkschaften bieten Material genug, um großes Interesse bei den Arbeiterinnen wachzurufen. Es wäre da besonders bemerkenswert, auf die vollständig veränderten Voraussetzungen gegenüber früher beim Eintritt in die berufliche Tätigkeit hinzuweisen. Dem anschließend wäre dienlich eine Unterweisung bezüglich des Arbeitsbuches, über die rechtliche Natur des Arbeitsverhältnisses. Im Textilgewerbe findet man häufig Lehrverträge, besonders in Großbetrieben und Webereien, die den Lehrling auf zwei Jahre für den Betrieb verpflichten. Aus diesem Grunde können auch die Punkte: Lehrvertrag, Dauer der Lehrzeit, die Ausbildung, ungelegentliches Verlassen der Arbeitsstelle in Betracht. Von Pflichten der jugendlichen Arbeiterinnen gegen ihre Mitarbeitenden und die Kollegen zu sprechen, wäre dann ebenso notwendig, wie es angebracht jem

dürfte, auf die Gehilfenzeit hinzuweisen, die in manchen Textilbetrieben eingeführt ist. Nach dieser Einführung wäre ein wichtiges Moment, die Arbeiterin in der Schule über Wert und Bedeutung der Werkzeuge und Maschinen zu unterrichten. Derstandnislos geht sie sonst an mancher technischen Neuerung vorüber. Vorträge über Wert und Herkunft des Rohmaterials wäre ferner notwendig. Wie manche Arbeiterin würde vorsichtiger mit demselben umgehen, wenn sie Kenntnis von der Gewinnung desselben hätte. Ferner über die Verkehrs- und Arbeitswege, die das Material durchläuft, bis es in ihre Hände oder auf ihre Maschine kam. Dieses Gebiet fandte sein Ende mit einem Anschauungsunterricht über einzelne Waren, Unterricht darüber, wie sie in den Handel kommen, wo ihre hauptsächlichsten Abnehmer sind. Auch für diese Sache müssen die heutigen Arbeiterinnen interessiert werden, denn in der Regel wollen sie davon wissen und erfahren doch so wenig davon, oder schlichtlich in einer Weise, die ihnen völlig falsche oder verkehrte Ansichten verhilft. Jede Industriearbeiterin, die durch ihre mechanische, oft geisttörende Arbeit einen gewissen Teil des ganzen großen Wertes schafft, der auf den Weltmarkt kommt, wird dann, wenn sie in der Fortbildungsschule von diesem wertvollen Inzidenzprodukt oder Nebenprodukt erfährt, mit ganz anderen Gefühlen an ihre Arbeit gehen und sie hochschätzen.

Das alles kann der Organ für Gewerkschaften. Die Fortbildungsschule in den Gewerkschaften sollte jedoch noch mehr Fortbildungsmöglichkeiten bieten. Der junge Mann braucht nicht nur praktische, sondern auch theoretische Kenntnisse, was mit seinem Berufsleben zusammenhängt. Dasselbe gilt auch für die Arbeiterin! Und sie möchte über die wichtigen Gebiete der Arbeiterbewegung, Arbeiterausweise, Gewerbeinspektion und Gewerbegerichte systematisch unterrichtet werden; alle diese Einrichtungen betreffen ja auch die Arbeiterinnen der Großindustrie.

Damit haben wir nun schon den wesentlichen Bildungsgang gezeichnet, der für alle ungelerten Arbeiterinnen ebenso zu erstreben ist, wie für gelernte. Zudem sind die praktischen Übungen von besonderem Wert, zum Beispiel die Ausfüllung von Postformularen, geschäftliche Schreibarbeiten überhaupt, dann Rechnen, insbesondere über Böhnung, vielleicht auch Eingeben bei Versicherungsangelegenheiten. Das sind Dinge, für die die erwachsene Arbeiterin geschult sein soll. Und wenn schon vielfach, besonders in den ersten Ständen, das Urteil ausgeprochen wurde, die Arbeiterinnen von heute könnten mit ihrem Verdienst nicht rechnen, was dürfte da für die Fortbildungsschulen näher liegen, als der Unterricht über die Anlage eines Haushaltsbuches!

Damit kommen wir nun zu einem Gebiete, das bei der Fortbildungspflicht der gewerblichen Arbeiterinnen der entscheidende Punkt sein muß: Der hauswirtschaftliche Unterricht. Fortbildung der Arbeiterin ohne hauswirtschaftliche Kenntnisse darf nicht angestrebt werden; denn sie wäre nur halbe Sache und vielleicht eine schadhafte Sache.

Uebrigens stehen die Arbeiterinnen mit dem Anspruch auf hauswirtschaftliche Ausbildung in Fortbildungsschulen nicht allein da. Noch vor kurzem wurde in der Versammlung einer Handels- und Gewerbeammer des Südens dieselbe Frage behandelt, und zwar in diesem Falle die Fortbildung der Verkäuferinnen betreffend. Auch hier wurde nicht nur gewerbliche, sondern auch hauswirtschaftliche Fortbildung befürwortet.

Noch ein Punkt gilt hier vermerkt zu werden. Ein Lehrer einer neuzeitlichen Fortbildungsschule sprach kürzlich aus: "Die Religion sollte man schon von der Religion wollen aus der Fortbildungsschule lassen!" Diese Frage muß von den konfessionellen Vereinen näher beleuchtet werden, denn sie ist höchst wichtig. Ob der vollständig ausgebildete Lehrling immer ehrlich in seinem Berufe ist, ob die Schüler sittlich stark und geistig werden und bleiben, wird jedenfalls nicht allein von den profanen Lehrvätern abhängig sein.

Man spielt ja erweckermäßig die Zeit, in die die Unterrichtsstunden fallen sollen, eine besondere Rolle, besonders auch die Eingaben der Arbeitgeber. Bekanntlich ist in der Oberleitung der Textilindustrie der freie Samstag-Nachmittag schon vielfach eingeführt. Es genügt vielleicht der Hinweis, daß diese Zeit vortrefflich geeignet wäre, die Unterrichtsstunden dahin zu verlegen, besonders, weil dann weder dem Arbeitgeber, noch der Arbeiterin materielle Schäden dabei erwachsen würde. Von diesem Gesichtspunkte aus könnte in Zukunft immer mehr die Bedeutung des freien Samstag-Nachmittags gewürdigt werden! Man kann sogar darauf verweisen, daß von jeiten der Fortbildungsschullehrer entschieden ein freier Nachmittag befürwortet wird.

Nach diesen Darlegungen dürfte es klar sein, daß die gewerbliche Fortbildungsschule in neuzeitlicher Ausgestaltung von eminentem Wert, sowohl für die Gelernten, als auch für die sogenannten ungelerten Arbeiterinnen ist. Und es ist eine stattliche Zahl, die dafür in Betracht kommt; in sämtlichen Industriellen Deutschlands waren 1909 nicht weniger als 161639 Arbeiterinnen unter 16 Jahren beschäftigt. Diese Zahl ist von Jahr zu Jahr im Steigen begriffen; ein Beweis dafür ist, daß 1908 erst 156043 Mädchen dieses Alters gezählt wurden. Insgesamt waren im Jahre 1909 nicht weniger als 135180 Industriearbeiterinnen beschäftigt. Sie sind mitbeteiligt an der Schaffung all jener Produkte, die dem deutschen Wirtschaftsleben seine Stellung sichern. Das Erwerbaleben heißt aber heute nicht nur an Arbeiter, sondern ebenso gut an Arbeiterinnen große Anforderungen

Deshalb darf mit dem Fortbildungsschulunterricht nicht bei den Arbeiterinnen Halt gemacht werden, als wären sie desselben nicht würdig. Im Gegenteil! Je mehr uns die wirtschaftliche Zukunft am Herzen liegt, je mehr man allgemein für die erwerbstätige Jugend besorgt ist, um so eher wird und muß sich der Gedanke durchringen, daß die neuzeitlichen Fortbildungsschulen für Arbeiterinnen nicht mehr allzulange auf sich warten lassen dürfen.

Alles zum Besten der Jugend und des Volkes!

F. H.

Der Besuch unserer Versammlungen.

Eine vielfache Klage unserer Ortsgruppenleiter ist die, daß der Besuch der Versammlungen nicht so ist, wie er eigentlich sein müßte. Die Ursachen dieser beklagenswerten Erscheinung sind verschiedener Natur. Teilweise liegen dieselben in mangelnder Vorbereitung der Versammlungen (Mangel an Agitation, gediegenerem und lehrreichem Beratungsstoff etc.). Des weiteren sind der Mangel an richtigem Gemein Sinn und Bildungsbedürfnis, desgleichen „Schlendrian und Bequemlichkeit“ in Mitgliederkreisen Schuld an dieser Erscheinung.

Es muß eine ständige Aufgabe unserer Ortsgruppenleiter sein, durch unermüdete Arbeit und Ergreifen entsprechender praktischer Maßnahmen, den Versammlungsbefuch zu heben. Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner haben zunächst mit gutem Beispiel voranzugehen und ohne triftigen Grund keine Versammlung zu schwänzen. Des weiteren Sorge man für eine möglichst interessante und lehrreiche Gestaltung der Versammlung. In mehreren der letzten Nummern (z. B. 27, 29, 31, 32) unseres Verbandsorgans sind sehr lehrreiche Artikel erschienen, nach welchen Gesichtspunkten sich die Bildungsarbeit zu gestalten hat. Ist gerade kein geeigneter Referent zur Stelle, so gibt das Verbandsorgan durch seinen lehrreichen und vielseitigen Inhalt Stoff genug, den einen oder anderen Artikel einer Besprechung mit anschließender Diskussion zu unterziehen. Desgleichen bilden örtliche — mit der Gewerkschaftsarbeit zusammenhängende — Vorkommnisse und Verhältnisse Anlaß zur Aussprache und Klärung. Auf eine gediegene, allseitige Aussprache, welche frei zu halten ist von persönlichen Angriffen und „Sticheleien“, ist besonders Gewicht zu legen. Pünktlicher Beginn der Versammlungen, nicht allzulanges Ausdehnen derselben und richtige Auswahl der Zeit werden ebenfalls zur Hebung des Versammlungsbefuches beitragen. Die Vorstandsmitglieder, Vertrauensmänner und Arbeitskollegen mögen möglichst ein Augenmerk darauf richten, welche Mitglieder in der Versammlung fehlen. Ein ernstlicher, eindringlicher, gut gemeinter Hinweis auf die gewerkschaftliche Pflicht den „Versammlungsschwänzern“ gegenüber, schafft oft schon Besserung. Abgesehen von dem Hinweis auf die gemeinsame Solidarität, die Notwendigkeit der geistigen Bildung, müssen bei der Propaganda für den Versammlungsbefuch auch andere Momente mit in den Vordergrund geschoben werden.

Viele Kollegen und Kolleginnen bleiben aus „purer“ Gleichgültigkeit gegenüber einer Versammlung oder aus Ueberschätzung ihres eigenen Wissens und Könnens den Versammlungen fern. Auch häusliche Verhältnisse und Bequemlichkeit spielen eine Rolle. Es wird von den die Versammlung schwänzenden Kollegen und Kolleginnen nicht bedacht, welchen Schaden sie der Gesamtheit der Arbeiterschaft dadurch zufügen, daß sie der Versammlung fernbleiben. Dieses muß denselben mehr zum Bewußtsein gebracht werden. Wenn über eine Versammlung z. B. berichtet wird in der Tagespresse etc., die Versammlung war schwach besucht, dann heißt die Arbeiterschaft sich selbst dadurch in der Öffentlichkeit ein schlechtes Zeugnis aus. Wir verlangen Gleichberechtigung, Einordnung und lassen es selbst an dem nötigen Standesbewußtsein fehlen. Das Interesse für die eigenen Standesversammlungen ist der Öffentlichkeit und den Unternehmern gegenüber der Grabmesser, wie ernst es der Arbeiterschaft mit ihren Forderungen ist. Es ist ernste und heilige Pflicht aller Mitglieder, durch regen Versammlungsbefuch das Interesse für unsere Bestrebungen zu dokumentieren. Dem Verlangen nach größerer Achtung und Bewertung der Arbeiterschaft muß seitens der Arbeiter selbst die praktische Übung der Selbstachtung vorausgehen.

Ähnliches gilt auch bezüglich des Besuches der Fabrikversammlungen. Was man kaum für möglich halten sollte, trifft hier doch öfters zu. Manche Kollegen und Kolleginnen denken, daß „die anderen“ nur beraten und die Wünsche zusammenstellen, es geht auch ohne mich. Ist es auch unmögliche Furcht die Ursache, wodurch einige sich vom Besuch der Belegschaftsversammlungen abhalten lassen. Letzteres ist eines selbstbewußten Arbeiters direkt unwürdig und zeugt von wenig Selbstachtung. Man vergißt aber auch bei dem Fernbleiben von einer Belegschaftsversammlung wieder, daß man dadurch indirekt die Position des Arbeitgebers stärkt. Ist die Versammlung gut besucht, dann ist auch der Nachdruck der geäußerten Wünsche um so viel größer. Schlechter Besuch der Fabrikversammlungen erschwert in der Regel die Durchsetzung irgend welcher Verbesserungen.

Demnach schädigen die Kollegen und Kolleginnen, welche den Versammlungen fern bleiben, die Arbeiterinteressen in empfindlicher Weise. Da dieses oft nicht bedacht wird, gilt es vorkommendenfalls, auch daran in eindringlicher Weise zu erinnern. Es ist genug, daß wir mit einem Heer von Unorganisierten, welche ein Bleigewicht für den Aufstieg der Arbeiterstände bilden, zu rechnen haben. Für uns gilt es, alle Mittel, welche uns zur Erreichung des schönen Zieles gegeben sind, zu be-

nutzen. Mögen alle Kollegen und Kolleginnen inne werden, daß ein guter Versammlungsbefuch von großer Bedeutung ist für die Verwirklichung all dessen, was wir auf unsere Fahne geschrieben.

Aus der Arbeiterbewegung.

Eine Kundgebung des Ausschusses des deutschen Arbeiterkongresses. Der Ausschuss des deutschen Arbeiterkongresses, der folgende Organisationen vertritt: Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, deutsch-nationaler Handlungsgehilfenverband, die Verbände der katholischen Arbeiter- und Gesellenvereine Deutschlands, Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands, verschiedene nationale Verbände von Privat- und Staatsbediensteten, mit zusammen 1 1/2 Millionen Mitglieder, veröffentlicht folgende Kundgebung:

„An die deutschen Arbeiter, Gehilfen, Bediensteten und Angestellten. Die Organisationen der deutschen Sozialdemokratie und ihre Presse haben in letzter Zeit Kundgebungen veranstaltet, in denen in der Hauptsache die deutschen Arbeiter im Falle einer kriegerischen Verwicklung unseres Vaterlandes zum politischen Massenstreik aufgefordert wurden. Infolge dieser Kundgebungen hat sich in den Werkstätten und Fabriken eine lebhaft propagandistische sozialdemokratische Arbeiter für den Massenstreik entfaltet, wie lebhaft Entrüstungsschreiben aus den Kreisen der christlich-nationalen Arbeiter an die Zentralkommission erwiefen. Der unterzeichnete Ausschuss sieht sich deshalb veranlaßt, die Mitglieder der angeschlossenen Organisationen und alle unsere Freunde aufzufordern, diesem unverantwortlichen, das Ansehen der deutschen Arbeiterschaft schädigenden Treiben mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.“

Wir betrachten den Versuch, eine so kritische Lage, wie diejenige, in der sich das deutsche Volk gegenwärtig befindet, auszunutzen, um eine soziale Revolution vorzubereiten, als einen Verrat an Volk und Vaterland. Wir schätzen die Segnungen des Friedens, der uns seit 40 Jahren beschieden ist, und wünschen die Aufrechterhaltung dieses Friedens. Umso mehr legt allen deutschen Volksgenossen die gegenwärtige kritische Lage die Pflicht auf, die deutsche Nation einig und geschlossen zu erhalten in dem Bestreben, unsere Volkswirtschaft weiter zu entwickeln und dem deutschen Volke Arbeit und Brot zu sichern sowie die Würde und das Ansehen des Deutschen Reiches zu wahren. Das Gebahren der Sozialdemokratie ist leider nur zu sehr geeignet, im Ausland den Eindruck zu erwecken, als würde im Falle einer kriegerischen Verwicklung in Deutschland die soziale Revolution ausbrechen und die Widerstandskraft unserer Nation geschwächt sein. Es ist zudem im höchsten Maße eine Gefährdung des Friedens und ein indirekter Anreiz für das Ausland, die friedliche Entwicklung Deutschlands und seiner Weltwirtschaft gewaltsam zu hindern, nicht zuletzt zum schwersten Schaden der deutschen arbeitenden Stände.

Wir erheben gegen dieses vaterlandsfeindliche und arbeiterschädigende Treiben der Sozialdemokratie energischen Protest. Wir fordern zugleich alle christlich und national gesinnten Arbeiter und Angestellten auf, der Propagierung des politischen Massenstreiks mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Der unterzeichnete Ausschuss erklärt namens der 1 1/2 Millionen Mitglieder der ihm angeschlossenen Organisationen, daß die christlich-nationalen Arbeiter, Gehilfen und Bediensteten und Angestellten solidarisch mit allen übrigen Ständen und Volksgenossen das Ansehen und die Ehre unseres Vaterlandes in der Stunde der Gefahr verteidigen werden.

Der Ausschuss des deutschen Arbeiterkongresses.
J. A. F. Behrens, Vorsitzender. A. Stegerwald,
Schriftführer. Beschly, Schatzmeister.“

Diese Kundgebung ist zu begrüßen. Sie war notwendig. Zunächst, um gegen das vaterlandsverräterische Treiben der Sozialdemokratie Protest zu erheben, dann auch, um die Haltung der christlich-nationalen Arbeiterschaft offen und klar zu präzisieren, zumal die sozialdemokratische Presse in ihrer geschwiegenen Weise auch jetzt wieder sehr oft von der deutschen Arbeiterschaft, also ohne jedwede Einschränkung, spricht. Sie war ferner notwendig, weil das Vorgehen der Sozialdemokratie nicht nur eine Gefahr für den Völkerfrieden, sondern auch eine solche für die deutsche Arbeiterbewegung ist. Die Sozialdemokratie hat den Scharmachern ein Material geliefert, wie sich diese besser nicht denken konnten. Mit behaglichem Schmuzzeln werden diese von den letzten Vorgängen Kenntnis genommen haben. Den Genossen beginnt auch bereits ob der Folgen ihres verbrecherischen Treibens zu bangen. Darum zur Zeit das systematische Bestreben in der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftspressen, die christlichen Gewerkschaften als Feinde des Koalitionsrechtes zu verzeichnen. Man sucht die Aufmerksamkeit von sich abzulenken. Wir werden diese Methode der Genossen in einer der nächsten Nummern gebührend beleuchten. Heute nur das eine: wenn es bisher gelang, die Anschläge der Scharmacher auf das Koalitionsrecht der Arbeiter abzuwehren, so ist die Sozialdemokratie hieran unschuldig. Sie hat alles getan, den Scharmachern die Arbeit zu erleichtern. Nur dem Vorhandensein einer starken christlich-nationalen Arbeiterbewegung haben wir es zu verdanken, daß die Bewegungsfreiheit und Aktionsfreiheit der deutschen Arbeiterbewegung bisher unangetastet blieb. Sie ist auch in Zukunft der einzige und stärkste Hort des Koalitionsrechtes.

Gift und Gasse seit ein Teil der sozialdemokratischen Presse ob der Kundgebung des Ausschusses des deutschen Arbeiterkongresses. Das ist der beste Beweis dafür, daß die Herrschenden sich getroffen fühlen. Eine „freie sügehaite“ Entstellung des wirklichen Tatbestandes soll laut „Düsseldorfer Volksztg.“ die Kundgebung sein. Bei einer eventl. Proklamierung des Generalstreiks handele es sich „um die Verhinderung des Krieges, nicht um die Schwächung des eigenen Landes während eines Krieges.“ Und niemand hat dabei an einen deutschen Massenstreik gedacht, sondern was zur Ermöglichung gestellt wurde, war der internationale Massenstreik, der nicht einseitig das eigene Land schwächt, sondern den verbrecherischen Willen der Kriegstreiber aller Länder einen unübersteigbaren Damm entgegensetzt.“

Diesem Verlegenheitsgemisch haben wir einfach die Ausführungen des Medaiteurs Däumig gegenüber:

„Die Frage des politischen Massenstreiks rückt hierbei in eine andere Beleuchtung als sonst. So friedlich würde sich ein solcher Massenstreik nicht abspielen. Unter Umständen müssen auch Kampfmittel angewendet werden, die entnommen sind der alten bürgerlichen Revolution, freilich unter Anpassung an die moderne Taktik und Strategie. Die Entwicklung wird sich nicht so ruhig gestalten.“

Das klingt anders. Die „Düsseldorfer Volksztg.“ ist es, die den Sinn dieser Meinungen zu entstellen sucht. Aber auch ihre „Verteidigung“ vermag das verräterische Gebahren der Genossen nicht abzumildern. Glaubt dieses Blatt im Ernst, daß die französischen und vor allem die englischen Arbeiter so niederträchtig an ihrem eigenen Vaterlande handeln würden, wie das deutsche Genossen zu tun bereit wären? Wer gibt ihm denn die Garantie, daß der internationale Massenstreik gelingen würde? Das Vorgehen der Genossen würde lediglich dem eigenen Lande zum Schaden gereichen. Laß sie über Krieg oder Frieden entscheiden können, glauben die Genossen doch wohl selbst nicht.

Die Genossen wollen angeblich durch ihr Verhalten dem Frieden dienen. Dabei schwächen sie die Position der Regierung zugunsten des Auslandes und das erhöht die Kriegsgefahr. Wie wurde es die Sozialdemokratie bezeichnen, wenn ihr mitten in einer, das Lebensinteresse der Partei berührenden Aktion, eine kleine, mit der Aktion unzufriedene Minderheit in den Rücken fiel, zum Gaudium der Gegner? Das wäre Verrat an den Parteinteressen. Das ist aber die Handlungsweise der Sozialdemokratie im gegenwärtigen Moment gegenüber der Regierung und dem Vaterland.

Die „Düsseldorfer Volksztg.“ schreibt weiter wutentbrannt:

„Wer war es aber, der die Diskussion über die Kriegsfrage bis zu einem Grade erhit hat, daß manchem die Erwägung äußerster Verzweifelter Mittel nötig schienen, um die drohende Gefahr eines Krieges zu verhindern? Das waren die Kumpane der Behrens, Stegerwald und Beschly, die Konserveknacker und ultramontanen Blausäuer und Eisenfresser, gegen deren wildes Treiben die Behrens usw. nicht ein Wort der Milderung gesunden haben. Und wie sollten sie auch? Sie werden sich schwer hüten, den Herrschaften ins Handwerk dreinzureden, deren gehorsame Knechte und blinde Wamschaden sie sind. Gegenüber den Junkern und dem Zentrum geklammerte Kücken! Mut schweilt die Brust erst dann, wenn es gegen die Arbeiter geht, sogar der Mut zur Verleumdung.“

Was das Blatt hier in blinder Wuterei zusammengefaßt, ist nicht ernst zu nehmen. Sein vernünftiger Mensch, außer einigen alldeutschen Schreibern, wird einen Krieg mit seinen ungeheuren Opfern an Gut und Blut herbeiwünschen. Auch die regierenden Kreise sind sich der Verantwortung wohl bewußt. Zu allem Ueberflus bemerkt auch die Kundgebung des Ausschusses ausdrücklich: „Wir schätzen die Segnungen des Friedens, der uns seit 40 Jahren beschieden ist, und wünschen die Aufrechterhaltung des Friedens.“ Wenn aber die „Düsseldorfer Volksztg.“ von „väterlichen Gremien des Krieges“ spricht, so sei die Frage erlaubt, ob die einem eventl. Generalstreik naturgemäß folgende Revolution nicht auch „väterliche Gremien“ zeitigen würde? Und die Ausführungen des sozialdemokratischen Blattes sind also nicht geeignet, den Verrat an den Interessen des Vaterlandes, den die Sozialdemokratie begangen, auch nur im geringsten zu bezweigen.

Zur niederrheinischen Tabakarbeiterausperrung.

Der Same ist unzerstört. Die Firma R. Kasten u. Söhne in Waldenkirchen, von der die Bewegung ausgeht, sucht mit allen Mitteln eine Einigung zu verhindern. Die anderen Firmen sollten laut Anweisung des Fabrikantenverbandes verhandeln. Die Firma Kasten hinterließ diese Verhandlungen. Später ließ man zwar die Ausschüsse rufen, machte aber keine Zugeständnisse, die von Belang waren. Die Firma Kasten bot den Arbeitern sogar Abzüge an. Die Arbeiter lehnten die einer Herausforderung gleichenden Angebote der Fabrikanten einmütig ab. Entgegenkommen zeigte nur die Firma Vommers.

Die „Tabakwelt“ (Nr. 36) wendet sich in einer Polemik gegen den „Reichsboten“, der sich scharf gegen die Ausperrung ausgesprochen hatte. Dabei gesteht das Blatt, daß die Forderungen der Arbeiter nicht übertrieben seien. Es sucht die Ablehnung derselben mit der Lage des Gewerbes nach der Finanzreform zu rechtfertigen. Das hat auch die „Süddeutsche Tabak-Zeitung“ versucht. Die erhob ferner noch gegen die Leitung des christlichen Tabakarbeiterverbandes den Vorwurf, es fehle ihr an Weitblick, weil sie nicht erst in den Vordergrund, in denen die Arbeiter schlechter erlöhnt sind, Forderungen erhebe. Demgegenüber sei zunächst bemerkt, daß der christliche Verband unermüdet für eine gesunde Preiserhöhung der Fabrikate eintrat, allerdings auch eine Aufbesserung der Löhne vorzuschlag. Das aber lehnten die Fabrikanten ab, während die Preisk-

erhöhung durchgeführt wurde. Die Konkurrenz unter sich zu unterbinden, ist doch in erster Linie Sache der Fabrikanten selbst. Dazu haben diese hoch ihren über ganz Deutschland sich erstreckenden Arbeitgeberbund. Der sollte sich mal auch mit vorgenannter Frage befassen, statt nur gegen berechnete Arbeiterforderungen Stellung zu nehmen. Uebrigens stehen gerade in Kalbdenkirchen die Löhne unter denjenigen am übrigen Niederrhein.

Die in der Tagespresse erschienene Meldung von Uebertritten streikender und ausgesperrter christlicher Arbeiter zum sozialdemokratischen Verband, ist total un wahr. Kein einziger Arbeiter ist bis jetzt fahnenflüchtig geworden. Das haben dieselben auch nicht nötig, hinter ihnen steht die gesamte christlich organisierte Arbeiterschaft. Diese hat bereits allerorten zur Aussperrung Stellung genommen. Wo dies noch nicht geschah, ist es unverzüglich nachzuholen. Es ist auch gut, wenn den Fabrikanten selbst zur Kenntnis gebracht wird, wie die christlichen Arbeiter über die Aussperrung denken. Veranlassen wir die Raucher, von der Gewohnheit, eine bestimmte Marke zu rauchen, abzugehen. Der Arbeiter hat nicht nötig Tabake und Zigarren zu rauchen, die von Arbeitswilligen hergestellt werden. Dies geschieht z. B. bei der Firma Oldenkott-Rees, die außerdem bestimmt erklärt, christlich organisierte Arbeiter nicht mehr einstellen zu wollen.

Scharfmacher und Sozialdemokratie Arm in Arm gegen die christlichen Gewerkschaften. Den Sozialdemokraten ist Heil widerfahren. In ihrem leidenschaftlichen Kampf gegen die christliche Gewerkschaftsbewegung ist ihnen ein Helfer erstanden. Zwar aus Kreisen, denen die Sozialdemokratie angeblich als schärfster Gegner gegenübersteht, die von ihr sonst in der Regel als die Unmenschen, als Volksausbeuter, Blutsauger und ähnlich tituliert werden. Was macht's, im Kampf gegen die christlichen Gewerkschaften sind's plötzlich willkommenen Kronzeugen und liebwerte Bundesgenossen.

Die sozialdemokratische Presse will ein Protokoll der Hauptversammlung des Zechenverbandes vom 27. Mai ds. Js. erwirkt haben und kann nun mit diabolischer Freude daraus mitteilen, daß der Geschäftsführer des Zechenverbandes, Herr von Doevenstein, in seinem Bericht dem Gewerkeverein christlicher Bergarbeiter in der gebührenden Weise bekämpft hat, während der sozialdemokratische Verband auffallend günstig behandelte, hier und da sogar herausgestrichen wird. In den Angriffen Doevenstein's findet man sonderbarer Weise die nämlichen Argumente wieder, die in der sozialdemokratischen Presse schon zum Ueberdruß wiedergefand wurden. Nicht Sorge um die Arbeiterinteressen, sondern kirchliche Einflüsse resp. politische Gründe hätten dem Gewerkeverein zu seiner Taktik bei der letzten Lohnbewegung der Ruhrbergleute bestimmt. Von diesem, der Wahrheit entgegengesetzten Standpunkt geht die Doevenstein'sche Kritik aus und ist danach sachlich zu bewerten.

Der Vorsitzende der Zechenbesitzer hat zum Schluß gemeint, der Gewerkeverein könne dem Verband nur

dankbar sein, daß er nicht gestreift habe, sonst würde sein (des Gewerkevereins) Mitgliederbestand noch mehr geschwächt worden sein. Solchen Unsinn verzapft der Geschäftsführer einer der größten Unternehmerorganisationen! Der Mitgliederbestand des Gewerkevereins ist durch seine Taktik bei der letzten Bewegung nicht geschwächt worden, sondern hat sich noch vermehrt, und ein eventueller Streik würde nicht dem Gewerkeverein, sondern anderen zum Verhängnis geworden sein. Weil dies die Raucher bestimmt voraussehen, nur deshalb unterblieb er.

Darüber sind sich die christlichen Arbeiter aber nicht im unklaren, daß die strittigen Fragen des Arbeitsverhältnisses mit Unternehmern von der Gesinnungsart Doevenstein's einmal mit Machtmitteln zum Ausdruck kommen werden; aber den Zeitpunkt und die Taktik behalten sich die christlichen Arbeiter vor selbst zu bestimmen. Und auf die Sympathien und Lobprüche solcher Unternehmerführer wie Doevenstein verzichten sie neidlos. Die Sozialdemokratie kann sich nicht tiefer erniedrigen und nicht besser selbst kennzeichnen, als wenn sie mit dem von Scharfmachern gelieferten Material gegen die christlichen Gewerkschaften zu Felde zieht.

Bestrafte Verleumdung. Zu Anfang dieses Jahres verhaftete die Arbeiter der Mechan. Spinnerei und Weberei Bamberg wie jene der Filiale Zeit ihre Lage dadurch zu verbessern, daß sie bei dem Fabrikherrn, Kommerzienrat Semlinger, die Bildung von Arbeiterausschüssen durchsetzen wollten. Zur Besprechung dieser Forderung sollte am Sonntag, 13. Februar, für die Arbeiter in Zeit eine Versammlung stattfinden und zwar ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit zur christlichen oder zur „freien“ d. h. sozialdemokratischen Organisation. Am Vorabend des Verhandlungstages fragte in der Fabrik in Zeit der Weber Wenzel Graf, welcher der „freien“ Gewerkschaft angehört, seinen der christlichen Gewerkschaft angehörigen Arbeitskollegen Heinrich Feiler, ob zu der Versammlung auch der Herr Paver und Schulinipitor eingeladen sei. Auf die bejahende Antwort des Feiler erwiderte sich Graf mit einer Miene des Unwillens. Einige Zeit darauf kam Graf wieder zu Feiler und fa te: „Wißt Ihr denn auch schon, daß Euch Sekretär Müller schon 6 Wochen vorher bei Kommerzienrat Semlinger verkauft und verraten hat? Ich weiß es!“ Feiler machte den Graf sofort aufmerksam, daß er den Sekretär Müller keines, d. i. des christlichen Textilarbeiterverbandes, von dieser Verschlingung in Kenntnis setzen werde. In einer späteren gemeinsamen Versammlung wurde Graf aufgefordert, seine Behauptung zurückzunehmen. Er lehnte dies jedoch ab mit den Worten: „Befragt ist gefragt.“ Wegen dieser Äußerung hatte Gewerkschaftssekretär Müller durch Anwalt Dr. Pennebaum in Bamberg Verantwortung erheben lassen. Die Vernehmung bestätigte nicht bloß die unner Anklage gestellten Äußerungen, sondern ergab auch, daß Graf zumutigen mit einem gewissen Geiz seit geraumer Zeit eine gewissenlose Hege gegen die christlichen Arbeiter trieb, bis

ihm schließlich der Boden zu heiß wurde und er unter Hinterlassung trauernder Gläubiger sich nach Sachem wandte. Jedes konnte diese Wanderung den Graf dem Arme der Gerechtigkeit nicht entziehen. Mit Rücksicht auf die Gröblichkeit und Hartnäckigkeit der Verleumdung, sowie darauf, daß eine Geldstrafe voraussichtlich vom sozialdemokratischen Verbände zur Belohnung des tapferen Kampfes gegen die verhafteten „Christlichen“ gezahlt werde, den Täter selbst also nicht treffe, hielt das Gericht entsprechend dem Antrage des klägerischen Vertreters eine Freiheitsstrafe für angemessen und erkannte auf vier Tage Gefängnis gegen Graf. Außerdem erhielt Sekretär G. Müller die Befugnis, die Verurteilung auf Kosten des Graf in der Verbandszeitung des christlichen wie des sozialdemokratischen Verbandes, sowie im „Sachfurter Tagblatt“ öffentlich bekannt zu machen. So kann denn der Herr Graf in einem höchsten Gefängnis einige Tage über seine Geldtat nachdenken.

Größere Arbeitsleistung, ohne entsprechende Vergütung. Wie vorteilhaft die Arbeitgeber daran sind, wenn sie recht viele Arbeiterinnen haben, die von Standes- und Selbstbewußtsein noch keine Spur besitzen, das erläutert folgende Angabe, die aus einer Arbeiterin kürzlich machen konnte. In einer Spinnereifabrik sind sieben Arbeiterinnen beschäftigt, von denen jede fünf — sage und schreibe fünf — Kammmaschinen zu bedienen hat. Jeder Spinnereiarbeiter und jede der Arbeiterinnen kann sich schon einen Begriff machen von der ungeheuren Arbeitsleistung der betreffenden Arbeiterinnen. Doch damit noch nicht genug! Zwei derselben wurden krank — kein Wunder bei einer solchen Anforderung; — und nun waren 10 Maschinen außer Tätigkeit; ein Ersatz für die beiden Kranken war nicht vorhanden oder wahrscheinlicher noch — er wird nicht gesucht worden sein! Die Abteilungsleitung aber kam auf die Idee, die 10 Maschinen auf die übrigen fünf Arbeiterinnen zu verteilen und sie von diesen bedienen zu lassen. Also für sieben Maschinen dann eine Arbeiterin! Das Schöne aber ist, daß für die zwei weiteren Maschinen nicht der betreffende Lohn bezahlt wurde, sondern jede der fünf Arbeiterinnen erhielt eine Mark Trinkgeld! Auf den eigenen fünf Kammmaschinen verdiente die einzelne in 12 Tagen 25 Mark — und bei Bedienung von sieben Maschinen eine Mark mehr, das ist 24 Mark!!

Unglaublich und doch wahr! Unglaublich scheint dies jedem, der nicht weiß, mit welchen Kräften die Leiter solcher Abteilungen, in denen „nur“ Arbeiterinnen sind, sich behelfen; unglücklich scheint es dem, der meint, der unentwickelte Gerechtigkeitsinn müßte doch eine solche Arbeitsleistung und eine solche menschenunwürdige Entlohnung zurückweisen. Und doch ist dieser Bericht wahr — leider, daß man so et was zugeben muß, daß man der Deffentlichkeit nicht von einer gerechteren Behandlung der Spinnereiarbeiterinnen be-

Aus dem Berufsleben und der Gedankenwelt der Arbeiterinnen.

Von Josef Wälder,
zusammengestellt von P. Kröb, Kaplan in Wierßen.

IV.

Nachdem die Schattenseiten ausgiebig erwogen waren, sollten die Lichtseiten an die Reihe kommen. Als ich das Thema anging: „Welches sind die Lichtseiten meines Berufslebens?“ haben mich die Meisten ein wenig erstaunt an. Sollte ihr Dasein auch Lichtseiten haben? Darüber hatten sie noch gar nicht nachgedacht, und dieses war ihnen bisher noch wenig zum Bewußtsein gekommen. Nachdem ich ihnen nun einige Punkte genannt hatte, mußten sie zugeben, daß sei wahr, sie wollten es sich überlegen. Bei diesen Arbeiten kommen nun die verschiedenen Charakteranlagen, Familienverhältnisse und Neigungen sehr in Betracht. Im Durchschnitt ist die Lebensauffassung, wie es bei der Jugend natürlich ist, mehr optimistisch. Hier zeigt sich aber auch, wie die religiöse Lebensauffassung, ein liebes, trauriges Elternhaus, so manchen Sonnenblitz ins Leben der Arbeiterin wirft. Allerdings trägt sich hier auch, wie es bei Teilnehmerinnen an einem solchen Kurzus fast selbstverständlich ist, das eine höhere Lebensauffassung haben, und das besonders das, was so manchen Arbeiterin als ihre Freude betrachtet, nämlich das sogenannte Sonntagsvergügen, der besseren Arbeiterin als gar zu minderwertig erscheint.

Schon die Fabrik mit ihren Einrichtungen bringt manche Freude, besonders, wenn man seine Lage mit der Lage mancher anderen Arbeiterin vergleicht. „So kalt es im Winter bei uns oft ist, so lustig ist es oft dagegen im Sommer, weil dieser Raum reichlich mit Fenstern versehen ist, die meistens schon vor Beginn der Arbeit geöffnet sind.“ So lautet die Verichte aus einer Fabrik. Besonders die Seidenweberinnen finden ihre Arbeit viel reizlicher und gesander als die in den Spinnereien. „Das Arbeiten in der Seidenfabrik ist viel gesander als das in den Spinnereien und Vollwebereien. Das Bearbeiten der Seide ist viel reizlicher, weil es in jenen viel mehr Staub verursacht und dort die Arbeiterinnen viel eher der Gefahr ausgesetzt sind, Lungenkrank zu werden. Auch sind die Behandlung und die pflüchlichen Verhältnisse in unseren Betrieben gut, denn wir können ungehindert den ganzen Tag unsere Arbeit verrichten, ohne das wir von jemand belästigt werden, wie dieses oft in anderen Fabriken der Fall ist, weil da oft mit mehreren Personen zusammen gearbeitet wird.“ Der hygienische Vorzug der Seidenweberin ist allen zum Bewußtsein gekommen, da am Orte auch große Baumwollfabriken sind. Gute Behandlung und Schutz vor pflüchlichen Gefahren werden besonders hoch eingeschätzt. Eine schreibt über letzteres ungefähr folgendes: „Süßliche Gefahren drohen mir eigentlich in der Fabrik nicht, denn wenn etwas vorkommt, schreien die Herren sofort ein.“ Sogar etwas Gemüthliches finden einige in der Fabrik. „Da ich gleich nach meiner Schulzeit in die gewerbliche Arbeit

übergegangen bin, so finde ich dort eine zweite Heimat, wo ich sehr ungefähr zehn Jahre im Betriebe beschäftigt bin.“ Eine andere: „Es gefällt mir recht gut in meinem Berufsleben, da wir in der Fabrik recht warm und trocken gehalten sind.“ Auch ein Vergleich mit der früheren Hausweberin läßt die Segnungen des Arbeiterinnenlebens als eine Wohltat empfinden. „Während jetzt die Arbeit in den Fabriken um 7 Uhr beendet ist, war es vor 30 Jahren ganz anders. Früher wurde oft halbe Nächte durchgearbeitet, wenn die Arbeiter das Stück abmachen mußten.“ Auch die Kaffeepausen bringt ihre Gemüthlichkeit, wenn Freundinnen oder Geschwister sich zusammenfinden. Nicht ohne Humor beschreibt dies eine vom Morgenlaffe: „Die erste Stunde fliegt mir schnell dahin, wir treten in eine Pause ein und verzehren unter mitgebrachten Frühstück. Ich nehme ein Brot, lege es auf einen Tisch, dieses ist nämlich mein Stuhl und der Fußboden mein Tisch; doch das Essen schmeckt nach reger Tätigkeit sehr gut. Während der Pause höre ich die Kolleginnen Klagen über schlechtes Material, schlechten Lohn und dergleichen, bis die eine oder andere sich einen Scherz erlaubt. Nach einer Pause von 20 Minuten geht es wieder hurtig an die Arbeit.“

Es das Schönste empfinden es wohl alle, daß sie Geld verdienen, und in die Tüte am Sonntag recht schwer, so ist die Freude um so größer. Durch das Geldverdienen ist man ja unabhängig, kann seinen Eltern helfen und auch vielleicht noch einen Kopfschmerz für die Zukunft zurücklegen, und dabei fällt auch meist noch ein kleines Taschengeld für persönliche Bedürfnisse ab.

Das gemüthliche Heim ist für alle, die es noch besitzen, eine besondere Freude. „Zu Hause nach Schluß der Arbeit angekommen, lese ich die Neuigkeiten der Zeitung, frische oder alte ich ein wenig und wird noch ein wenig erzählt. Mittlerweile ist es Zeit zum Abendessen. Ich habe ein gemüthliches Heim und gute Eltern. Möge der liebe Gott mir dieses Heim noch lange erhalten.“ Eine recht optimistische Lebensanschauung klingt aus den folgenden Worten wider: „Da ich hässlicher und wohlgenannt bin, will ich mir das Leben selbst nicht bitter machen, wenn es auch öfters noch so schwer fällt, in der Fabrik wie zu Hause.“ Der freie Sonntag mit seiner Erholung für Leib und Seele, mit seinen Freunden und seiner Gemüthlichkeit ist ein Schicksal im arbeits- und sorgenvollen Dasein. Er bietet auch die Gelegenheit, das in der Woche versäumte an Anschaffung nachzuholen, und da lockt ja auch der Arbeiterinnenverein mit seiner Gemüthlichkeit. „Es freut mich auch, das man im Verein Gelegenheit hat, manche schöne und frohe Feste mitzufeiern, welche Herz und Geist erfreuen, was so manchen Mädchen außerhalb des Vereins entbehren muß (wie ja auch wollen). Auch gefällt es mir gut, das man im Verein mit so vielen Standesgenossinnen sich unterhalten, scherzen und lachen kann und man nachher die Freude empfindet, das dieser Verkehr mit Vereinsmädchen keinen bitteren Vermissströpfchen zurückläßt.“ Auch die Kunst wirft ihren verblühenden Blick in das Arbeiterinnenleben. Gesang, Deklamation, Theateraufführungen im Verein sind stets ein Schmuck der Freude. „Eine Lichtseite meines Daseins ist mir

der Gesang. Er ist mir eine wirkliche Erholung.“ Dieselbe Verfasserin beklagt sich an anderer Stelle, daß so manche Wirtinnen bei den Proben durch ihr Schwächen und ihre Unachtsamkeit ihr die Freude vergällen. Im Folgenden bringen wir mehrere Arbeiten wörtlich zum Abdruck, manche Gedanken, die wir oben in der Zusammenfassung übergegangen haben, finden sich noch hier. Zum Verständnis der Stellen, die sich auf religiöse Betätigung beziehen, sei noch erwähnt, daß die Verfasserinnen katholisch sind.

1. Welches sind die Lichtseiten meiner Berufsarbeit?

Da mit meiner Berufsarbeit so viele Schattenseiten verbunden sind, müssen naturgemäß auch Lichtseiten vorhanden sein. Diese zu schildern soll jetzt meine Aufgabe sein. Ich werde aber kaum imstande sein, etwas Ordentliches zustande zu bringen, da mir dieselben nie so recht zum Bewußtsein gekommen sind, weil eben das Bittere der Schattenseiten den Geist tiefer niederdrückt, als ihn das Angenehme der Lichtseiten zu heben vermag.

1. Als eine Lichtseite meiner Berufsarbeit möchte ich die Tatsache hinstellen, daß sie die Mädchen zu Ordnung und Benützlichkeit erzieht. Daran hapert es bei manchen Mädchen. Was die häusliche Erziehung nicht vermochte, hier wird es erreicht durch Vorschriften und Statuten. Es wird nicht gefagt: „Willst du dieses oder jenes“, hier heißt es: „Dieses mußt du und das andere darfst du nicht.“ Zuweilen wird geübt, wenn auch nicht immer in der That, so doch meistens gerügt und aus diesem Grunde und wiederum auch aus Schamgefühl bemühen sich die Mädchen, die unordentlichen Neigungen zu bekämpfen.

2. Das sofortige Geldverdienen. Wie froh und glücklich war man, als man den Eltern das erste selbstverdiente Geld nach Hause brachte, weil man imstande war, ihnen die Sorgen in etwa zu verringern. Dieser Gedanke trieb uns auch dazu an, keine Münze unbenutzt vorübergehen zu lassen.

3. Die viele freie Zeit. In den Jugendjahren der Mutter mußten die Mädchen, die ja meistens in der Hausindustrie beschäftigt waren, 12, 13, ja sogar 14 Stunden täglich arbeiten, und konnte man dann trotzdem das Stück nicht am bestimmten Tage fertig bekommen, so wurde die ganze Nacht hindurch gearbeitet. Durch die gesetzlich festgesetzte 10 stündige Arbeitszeit ist einerseits der frauenlosen Ausbeutung durch die Unternehmer ein Ziel gesetzt und andererseits uns die Möglichkeit geschaffen, die häuslichen Arbeiten zu erlernen. Hätte mir die Gelegenheit dazu gefehlt, so wäre beim Tode des Vaters die Familie auseinander gerissen worden, da die Mutter ja relativ bettlägerig krank war und ich neben dem täglichen Geldverdienen noch alle häuslichen Arbeiten verrichten mußte. Dadurch habe ich aber meine jetzige Selbstständigkeit gesichert, und so habe ich nicht nötig, bei anderen Leuten in Kost zu gehen.

4. Das Kranken- und Invalidengesetz. Es ist meistens eine viel zu geringe Summe, die uns da gewährt wird; aber sie schützt uns doch wenigstens vor der äußersten Not.

richten kann. Solange noch solche Berichte gegeben werden von den äußerst gedrückten Arbeitskolleginnen, ist unser Bemühen nur zu gerechtfertigt, mit dem wir uns gerade dieser Kategorie stets annehmen. Nur dürften es alle Spinnereiarbeiterinnen noch viel mehr erfassen, wie unendlich wichtig gerade für sie eine straffe Organisation ist. Oder — was ist besser, sich auf oben geschilderte Weise pro Böhnung gleich 8—10 Mark entziehen lassen — oder sich durch einige Groschen Verbandsbeitrag das Recht auf Interessenvertretung zu erwirken??

F. S.

Die Gewerkschaften in England 1910 weisen laut „Soziale Praxis“ nach den amtlichen Berichten den höchsten Stand auf, den sie bisher erreichten. Insgesamt wurden Ende 1910 gezählt 2426592 Mitglieder, 3,4% Zuwachs gegen das Vorjahr. Diese Millionen aber sind zerstückelt in 1154 Verbänden. Stark zurückgegangen sind die Gewerkschaften im Baugewerbe, die 1901 fast 1/4 Million Mitglieder zählten, 1910 aber 80000 weniger, und die Gewerkschaften im Bekleidungs-gewerbe, die seit 1902 einen Rückgang von fast 20000 verzeichnen. Alle übrigen Verbände sind gewachsen. Die größten Gewerkschaften sind:

Baugewerbe (71 Verbände) 157796 Mitglieder; Bergwerke (84 Verbände) 729723 Mitglieder; Metall- und Maschinen-gewerbe sowie Schiffbau (212 Verbände) 869374 Mitglieder; Textilgewerbe (271 Verbände) 879108 Mitglieder; Schuhmacher (12 Verbände) 31457 Mitglieder; Schneider (29 Verbände) 32326 Mitglieder; Eisenbahner (7 Verbände) 113211 Mitglieder; Tramwähler (17 Verbände) 42091 Mitglieder; Seilente, Gasenarbeiter (34 Verbände) 71638 Mitglieder; Druckgewerbe (38 Verbände) 73880 Mitglieder; Holzgewerbe (91 Verbände) 33842 Mitglieder; Handlungsgeschäften (4 Verbände) 56312 Mitglieder; andere Gewerbe (192 Verbände) 107409 Mitglieder; sonstige Arbeiter (15 Verbände) 119065 Mitglieder; Staats- und Gemeindevorbereiter (77 Verbände) 97757 Mitglieder. Weibliche Mitglieder hatten die Gewerkschaften 221272, zumest in der Baumwollindustrie.

Die verschiedenen Vereine eines Gewerbes haben sich zu Föderationen zusammengeschlossen, hauptsächlich kommen hier in Betracht die Federation of Trade unions, der Verband der Vergarbeiter und der der Metall-, Maschinen- und Schiffbauarbeiter. Auffällig ist die Schwäche der Organisation im Handels-gewerbe, von Trade unions der ledigen Angehörigen wird überhaupt nichts berichtet.

Buchdruckerverband und Neutralität. Auch dieser Dr. anation ist nicht die jährling und auch keine noch sorgfältig umhangte Kasse der „Neutralität“ geübt worden. Zu Engenden zählen die schwachen Ständen, in denen auch der „Korrespondent“, das amtliche Dr. an des sozialdemokratischen Buchdrucker-Verbandes, seine eigentliche unsere Besinnung enthalte und offen zur Schau lag. Es ist längst wieder (in Nr. 87) brachte er in einem Bericht über die Dresdener Hygiene-Ausstellung folgenden charakteristischen Satz: „In nächster Nähe der Arbeiter-versicherung hat man es dem christlichen Verein junger Männer ermöglicht, sein gottgefälliges Licht leuchten zu lassen. Diese Gutmüthen der Arbeiterbewegung sind für würdig befunden worden, an Karten zu zeigen, daß die Dummen nie alle werden.“ Diese unqualifizierbare Beschimpfung des evangelischen Vereins christlicher junger Männer, leistet sich der Korrespondent ohne die geringste Veranlassung hierzu. Mögen die christlich gesinnten Buchdrucker auf derartige Anrempelungen die allein richtige Antwort geben, die da lautet: Stärkung jener Organisation, die allein die Gewehr bietet, vor derartigen Insultationen gesichert zu sein, und das ist der dem Gesamtverband christlicher Gewerkschaften angeschlossene Gutenbergbund.

Ein bemerkenswertes Geständnis. Die badischen Sozialdemokraten hielten am Sonntag, 3. Sept., in Offenburg ihren Parteitag ab. Der Abg. Dr. Frank glaubte in seinem Vortrag über die Reichstagswahlen erklären zu können: „In Baden ist seit sechs Jahren kein Gesetz geschaffen worden, dem wir nicht den Stempel unserer Mitarbeit aufgedrückt hätten.“ In einer Polemik gegen den Reichstagsabgeordneten Geck, dem wegen seiner Opposition gegen die badische Richtung der Sozialdemokratie allerlei am Zeuge geschildert wurde, erklärte Landtagsabgeordnete Korb-Starkruhe:

Geck meint, wir hätten die Gemeindeform ablehnen müssen, genau so, wie die Reichstagsfraktion seinerzeit die sozialen Gesetze abgelehnt hätte. Würden wir heute vor der Abstimmung über diese Gesetze stehen, wir würden uns die Ablehnung sehr überlegen. (Sehr richtig.) Und eine Urabstimmung unter den deutschen Arbeitern würde sicher ergeben, daß sie nicht die Zustände vor der sozialen Gesetzgebung zurückwünschen. (Beifall.)

Das ist ja recht interessant. Genosse Korb befürcht hier wieder einmal die große Bedeutung der mecht gegen die Stimmen der Genossen geschaffenen sozialen Gesetzgebung und übt zugleich eine vernichtende Kritik an der unfruchtbareren, den Arbeiterinteressen keineswegs dienlichen harten Regierungspolitik der Sozialdemokratie. Man wird sich dieses Geständnis merken müssen.

Ein gelbes Glas. Die gelben Werkvereine im Ruhrgebiet haben am 27. August in Essen das dritte Stiftungsfest des nationalen Wertvereins der Firma Krupp gefeiert. Die gelbe und gelblich-kaputtliche Presse brachte von der Veranstaltung überaus langweilige Berichte, in den von 3500 bis 4000 Teilnehmern am Festzug berichtet wird. In anderen Blättern wurde mitgeteilt, daß es nicht viel mehr als die Hälfte gewesen seien. Aber wenn auch die erstere Angabe stimmen sollte, wäre

das noch immer ein klägliches Zeugnis für den Bekennern mit der gelben Werkvereiner. Der Krupp'sche Verein will allein eine Mitgliederzahl von 5500 haben, nach dem Essener gelben Organ („Der Werkverein“ Nr. 22) sollen aber außerdem noch 29 Brudervereine am Festzug teilgenommen haben, sodaß die Beteiligung sehr kläglich gewesen ist.

Ueberhaupt hat die gelbe Bewegung im Ruhrgebiet trotz der Aufpöpelung durch das Großkapital ein spärliches Ergebnis gezeitigt. Abgesehen vielleicht von dem treibhausartig gezüchteten Krupp'schen Verein kann man von einem wirklichen Glas der Bläne reden, die von Großkapitalisten nach dieser Richtung hin geschmiedet wurden.

In den gelben Berichten über den Klimbin in Essen kehren bis zum Ueberdruß überaus langweilige patriotische Phrasen wieder, sodaß Uneingeweihte zur Ansicht gelangen könnten, es gäbe in Deutschland keine echt königstreuen, vaterländisch gesinnten Arbeiter außer den Gelben, und daß des Vaterlandes Wohl und Wehe von diesen Vereinen abhängig wäre. — Armes Vaterland, das keine bessern Söhne und Verteidiger hätte, wie die betönten Mitglieder grundlosler Vereinigungen, die ihr schönstes Arbeiterrecht um das zweifelhafte Linsenmus sogenannter Wohltaten und augenblicklicher materieller Vorteile preisgeben. Das Vaterland braucht aufrechte Männer, mutige Kämpfer. Mit Kriechern und Heulen ist ihm nicht gedient.

Aus unserer Industrie.

Statistik der deutschen Baumwollindustrie.

In der großen Anzahl der statistischen Nachweise, welche der jüngst erschienenen 1. Band der Veröffentlichungen des Reichskolonialamts enthält, gebührt denjenigen ein besonderes Interesse, welche die Arten und Zahl der in Deutschland baumwollverarbeitenden Betriebe und die Zahl der in ihnen beschäftigten Personen angeben. Hier wird zum ersten Male auf Grund amtlichen Materials die Baumwollindustrie gesondert statistisch behandelt, während wir bisher nur auf die berufsgenossenschaftlichen statistischen Mitteilungen angewiesen waren.

Aus diesen Tabellen, die nach reichstatistischen Aufnahmen vom 12. Juni 1907 angefertigt sind, ist zu ersehen, daß im Deutschen Reich zur Zeit der Erhebung 21350 auf eigene Rechnung geführte Baumwollgewerbe betriebe (mit 1419 Teilbetriebe) gezählt wurden. Von diesen entfielen 1152 (535) auf die Spinnerie, 18073 (640) auf die Weberei und 2125 auf die Bleicherei, Färberei, Druckerei und Appretur. Von diesen 21350 Betrieben waren 18888 Hauptbetriebe, und von diesen wiederum 9932 Altbetriebe und 8956 Betriebe mit mehreren Personen resp. mit Motoren.

In den 8956 letztgenannten Betrieben sind am 12. Juni 297136 Personen einschließlich der Betriebsleiter gezählt worden, und zwar 149849 männliche und 147287 weibliche Personen. Es sind demnach in der Baumwollindustrie fast ebensoviel weibliche wie männliche Personen beschäftigt. In den Spinnereibetrieben überwiegt allerdings die Zahl der weiblich Beschäftigten bei weitem (57000 gegen 41000), in der Weberei waren die Zahlen für beide Geschlechter ziemlich gleich, die schwere Arbeit in der Bleicherei, Färberei, Druckerei und Appretur bedingte dagegen ein erhebliches Ueberwiegen der Männerarbeit (30000 gegen 9000).

Was die Größenverhältnisse der 8956 Betriebe mit mehreren Personen oder mit Motoren nach der Anzahl der beschäftigten Personen anbetrifft, so ergibt sich folgendes:

In 680 Betrieben war 1 Person, in 4115 waren 2 Personen, in 1495 3 Personen, in 410 4—5 Personen, in 326 6—10 Personen, in 308 11—20 Personen, in 455 21—50 Personen, in 371 51—100 Personen, in 396 101—200 Personen, in 310 201—300 Personen, in 76 301—1000 Personen, in 14 über 1000 Personen beschäftigt.

Sehr interessant ist auch das, was wir über den Umfang der Baumwollindustrie in den einzelnen deutschen Bundesstaaten erfahren. Nach der Anzahl der Gewerbebetriebe überhaupt steht das Königreich Sachsen an erster Stelle und übertreibt selbst Preußen. Dies beruht hauptsächlich auf dem starken Ueberwiegen von Altbetrieben und Betrieben, welche bis 3 Personen beschäftigen, in der Weberei und in der Bleicherei, Färberei, Druckerei und Appretur. Die Zahl der in der Baumwollindustrie beschäftigten Personen ist am größten in Preußen, dann folgt das Königreich Sachsen.

In Preußen wurden am 12. Juni 1907 an Hauptbetrieben gezählt in der Spinnerie 371, Weberei 3876, Bleicherei usw. mit 103671 beschäftigten Personen (Höchstzahl). Für Bayern lauten die Zahlen: 141, 2913, 57 mit 46977 beschäftigten Personen. Für Sachsen: 355, 7874, 1064 mit 63396 beschäftigten Personen. Für Württemberg 61, 80, 40 mit 21429 beschäftigten Personen. Für Baden: 39, 82, 31 mit 16881 beschäftigten Personen. Für Elsaß-Lothringen: 68, 1204, 31 mit 42159 Personen.

Baumwollgewerbliche Unternehmungen in der Form von Aktiengesellschaften gab es nach den Feststellungen von 1908 131. Am Ende des Bilanzjahres belaufen diese 131 Erwerbsgesellschaften ein einjähriges Aktienkapital von 219878000 M. Die echten Reserven (ohne Beamten- und Arbeiterunterstützungsfonds) betragen 53065000 M., so daß das Unternehmungskapital sich auf 272939000 M. belief. Die Schuldverreibungen betragen 56719000 M., die Hypothekenschulden 11625000 M. Von diesen 131 zählten 111, d. h. 84,7 Prozent, Dividende, 20 Gesellschaften, d. h. 15,3 Prozent, zahlten keine Dividende.

Bleibt man nun noch in Betracht, daß die Baumwollspinnzahl im Jahre 1909 im Deutschen Reich 10183000 betrug (1900: 8000000, Zunahme also 27 Proz.), und daß der industrielle Verbrauch im Deutschen Reich im Jahre 1909 1765000 Ballen (1900: 1400000, Zunahme also 26 Proz.) ausmachte, so erkennt man, welche Bedeutung die Baumwollindustrie für die Volkswirtschaft des Deutschen Reiches besitzt. Baumwolle im rohen resp. verarbeiteten Zustande ist der größte Import- resp. Exportartikel im Deutschen Reich, und Deutschland steht sowohl als Importeur von Baumwolle wie als Exporteur von Baumwollwaren an zweiter Stelle in der Welt. Was das bedeutet, mag daraus ersehen werden, daß heute auf der ganzen Erde Rohbaumwolle im Werte von 4 Milliarden Mark jährlich verarbeitet wird, denen 9 Milliarden Mark an Baumwollgeweben entsprechen. Allein im Jahre 1908 bezog Deutschland nach der Statistik des Deutschen Reiches für 376 Millionen Mark Baumwolle aus Nordamerika, für 60 Millionen Mark aus Ägypten und für 43 Millionen Mark aus Britisch-Indien.

Dividendenresultate im Textilgewerbe.

Im Textilgewerbe hat das Geschäftsjahr 1910 einen starken Rückgang der Erträge gebracht. Ein Bild von der Bewegung der Gesamtrentabilität in der Textilindustrie von 1909 auf 1910 geben die im ersten Halbjahr 1911 erschienenen Berichte von 207 Aktiengesellschaften. Diese repräsentierten am Ende des letzten Geschäftsjahres ein Grundkapital von 406,87 Millionen Mark. Nach den für das vorletzte Betriebsjahr veröffentlichten Bilanzen betrug das gesamte Aktienkapital des Textilgewerbes, soweit es für einen Betrag der Dividende verwertet werden kann, 535,57 Millionen Mark. Da die Zahl der Gesellschaften, deren Ergebnisse nicht vergleichbar sind, nur gering ist, ändert ihr Fehlen so gut wie nichts an dem Gesamtbild. Die genannten 207 Gesellschaften, die ihre Bilanzen für das Geschäftsjahr 1910 im laufenden Jahre veröffentlichten, konnten auf 406,87 Millionen Mark dividendenberechtigtes Aktienkapital insgesamt 35,25 Millionen Mark Dividende verteilen. Im vorangegangenen Geschäftsjahr war das Grundkapital derselben Gesellschaften um 9,43 Millionen Mark niedriger, die verteilte Dividende hingegen belief sich auf 38,90 Millionen Mark. Infolgedessen ergibt sich für das Jahr 1910 eine Dividendenprozentziffer von 8,7, während für das vorletzte Geschäftsjahr 9,8 Prozent verteilt wurden.

Von den einzelnen Zweigen des Textilgewerbes weisen drei eine höhere Ziffer auf als der Durchschnitt, bei den übrigen sechs blieb das Ergebnis zum Teil recht betrüblich hinter dem Durchschnitt für das gesamte Textilgewerbe zurück. Die hohen Preise des Rohmaterials und die ungünstigen Absatzverhältnisse haben besonders die Erträge der Baumwollindustrie beeinträchtigt. Die Bewegung der Dividendensumme und der Prozentziffer in der verschiedenen Gruppen des Baumwollgewerbes ergibt sich aus folgender Zusammenstellung:

Zahl der Gesellsch.	Aktienkap. in 1000 M.		Divid. in 1000 M.		Divid. in Proz.		
	1909	1910	1909	1910	1909	1910	
Spinnereien	32	46742	46992	4450	2793	9,5	5,7
Webereien	12	11228	11228	1061	870	9,4	7,7
Spinnereien u.							
Webereien	32	58243	62143	4430	3521	7,6	5,7

Den stärksten Rückgang, um 3,6 Prozent, weist die Dividendenprozentziffer der Baumwollspinnereien auf. Bei den Spinnwebereien betrug der Ausfall 1,9, bei den Webereien 1,7 Prozent. Die Kammgarnspinnereien vermochten ihre an sich schon recht hohe Durchschnittsdividende noch etwas zu steigern. Es wurden bei 24 Gesellschaften auf 69,22 Millionen Mark Aktienkapital 7,46 Millionen Mark oder 10,8 Prozent Dividende verteilt. Im vorigen Geschäftsjahre kamen 7,37 Millionen Mark oder 10,7 Prozent zur Ausschüttung. Im übrigen Wollgewerbe waren die Resultate nicht so glänzend. Während das Grundkapital von 76,62 auf 79,60 Millionen Mark erhöht wurde, sank die Dividendensumme von 7 auf 6,83 Millionen Mark. Die Dividendenprozentziffer ging von 9,1 auf 8,6 zurück. In der Leinen- und Futeindustrie konnten 24 Gesellschaften mit einem Nominalkapital von 49,72 Millionen Mark 3,55 Millionen Mark oder 7,1 Prozent Dividende verteilen. Das sind 0,46 Millionen Mark oder 1 Prozent weniger als im Vorjahre. Bei den Seidenwebereien ging die Dividende von 12,5 auf 9,2 Prozent zurück. In der Färberei, Appretur usw. blieben die Erträge auf dem vorjährigen Niveau. 12 Gesellschaften mit 12,63 Millionen Mark Aktienkapital verteilten durchschnittlich 5,4 Prozent Dividende. Bei den sonstigen Gesellschaften des Textilgewerbes, die ein Grundkapital von 67,84 Millionen Mark repräsentieren, war das absolute Ergebnis noch am günstigsten. Es kamen 13,0 Prozent Dividende zur Ausschüttung. Gegen das Vorjahr ist jedoch ein Rückgang um 0,5 Prozent eingetreten.

Australische Wollstatistik.

Bei der Bedeutung Australiens für den gesamten Wollmarkt dürfte es von Interesse sein, eine Gegenüberstellung der Produktionszahlen der letzten Jahre zu geben. Nach einer Statistik der Wollfirma Segard u. Co. in Courcoing hat die Zahl der Wollschafe in Australien zwar im letzten Jahre eine Zunahme um 508000 Stück erfahren, sie bleibt aber hinter der Höchstzahl früherer Jahre nicht unbedeutend zurück. Im Jahre 1891 wurden in Australien noch ca. 125 Mill. Schafe festgestellt, während sich die jetzige Zahl nur auf ca. 116 Mill. beläuft. Zum Verbrauch geschlachtet wurden im letzten Jahre ca. 15 Mill. In dem am 30.

Juni beendeten Wolljahre 1910/11 betrug der Export von Australischer Wolle 2468 750 Ballen. Der heimische Verbrauch stellte sich auf 55 000 Ballen, so daß sich eine Gesamtproduktion von 2 523 750 Ballen ergibt, die einen Wert von ca. 790 Mill. Gros. hatten. Diese Produktion hatte ein Gewicht von 380 Mill. Kilo, das heißt also 2 Mill. Kilo mehr als im Vorjahre, in dem sich die Produktion auf 378 Mill. Kilo belief. 76 pCt. (i. B. 77 pCt.) des exportierten Quantums sind in Australien verkauft worden, nämlich 1,86 Millionen Ballen gegen 1,88 Mill. Ballen in der vorjährigen Saison.

Die starke Zunahme der Verwendung von Seide zu den verschiedenartigsten Erzeugnissen läßt auf eine außerordentliche Steigerung der Seidenproduktion schließen. In der Tat zeigen besonders die letzten zwanzig Jahre eine überaus kräftige Aufwärtsbewegung der Produktion. Im Jahre 1890 betrug die Gesamternte erst 11,6 Millionen Tonnen. Das letzte Jahrzehnt des vergangenen Jahrhunderts brachte eine durchschnittliche Gesamternte von rund 16 Millionen Tonnen, der Jahresdurchschnitt in der Periode 1901-1905 eine Produktion von 19,1 Millionen Tonnen. Jedes der folgenden Jahre brachte eine Wertsteigerung, bis im Jahre 1909 mit 24,5 Millionen Tonnen der bisher höchste Stand erreicht wurde. Im Jahre 1910 ist ein geringfügiger Rückgang auf 24,4 Millionen eingetreten. Die Zunahme ist in den Produktionsgebieten verschieden, die Ernte in Europa ist namentlich im Jahre 1910 im Vergleich zu dem Durchschnitt der Periode 1895 bis 1909 geringer gewesen, die Ernte in der Levante und in Zentralasien ist in derselben Zeit auf weit über das Doppelte gestiegen, die ostasiatische Ernte endlich, die im Jahre 1910 mit nahezu 17 Millionen Tonnen an der Gesamtproduktion beteiligt war, hat sich seit dem Jahre 1890 nahezu verdreifacht. Dieses Produktionsgebiet ist es, aus dem die enorm gestiegene Nachfrage in der Hauptsache befriedigt wird. Hier zeigt auch die Produktion eine ununterbrochene Aufwärtsbewegung. Dagegen ist die europäische Ernte, wenn man von dem Winterertrag im letzten Jahre absieht, seit 1890 ungefähr auf gleicher Höhe geblieben, und auch die Produktionsgebiete der Levante und Zentralasiens sind in den letzten zehn Jahren in ihren Erträgen im wesentlichen stationär geblieben.

Aus dem Verbandsgebiete.
Achtung! Achtung!
Verlegung der Zentralstelle.
Die Zentralstelle befindet sich vom 15. Sept. ab:
Düsseldorf 56, Kavalleriestraße 22,
Fernsprechnummer 4423.

Auf den vorgebrachten Couverts und den anderen Druckfachen möge vom 15. Sept. an die alte Adresse durchgestrichen und an deren Stelle die neue geschrieben werden.

Die Zahlkarten für unser Postkassenkonto können weiter benutzt werden. Änderungen des Vordrucks auf dem Hauptteile der Zahlkarten dürfen nicht vorgenommen werden.

Wir möchten die Kollegen und Kolleginnen ercent bitten, alle Zuschriften, gleichviel ob dieselben die Redaktion oder das Kassens- oder Unterstützungswesen betreffen, nur an die Geschäftsstelle des Verbandes zu adressieren.

Zur Frage der Lokalbeiträge.

Einige pessimistische Stimmen, die sich in letzter Zeit im Organ zur Frage der Lokalbeiträge vernehmen lassen, geben mir Veranlassung ebenfalls in die Diskussion einzugreifen. Ich war längere Zeit Vertrauensmann und gehöre seit einigen Jahren auch dem Ortsgruppenvorstand als Mitglied an. Mirhin darf ich von mir sagen, daß ich auch nicht ganz unberufen bin, in dieser Frage mitzuzprechen. Doch dies nur nebenbei und weil auch andere sich in ihren schwarz in schwarz gemalten Abhandlungen auf all diese Momente berufen.

Ich habe das Gefühl, daß einzelne Kollegen sich in ihren Äußerungen weniger von der Frage, ob die vom Zentralvorstand vorgeschlagene Erhebung von Lokalbeiträgen zwecks Stärkung der Verbandskasse notwendig ist, leiten lassen, als von der Furcht vor den eventl. Schwierigkeiten, die ihnen persönlich aus der Einführung der Lokalbeiträge erwachsen. Es ist ja klar, daß der Vertrauensmann, das Vorstandsmitglied manchem unangenehmes Wort zu hören bekommt, daß beide in der ersten Zeit der Einführung viel zureden und aufklären müssen, um speziell jene zu halten, die den Verhandlungen stets fern bleiben. Es ist auch nicht unangenehm, das eine oder andere Mitglied wieder zu verlieren. Doch dürfen wir, darf sich die Verbandsleitung von derartigen persönlichen Gefühlen leiten lassen? Da sage ich klipp und klar: Nein, niemals! Dadurch würde jede Reform unmöglich gemacht und der Verband dem Ruin entgegengeführt. Denn eine Organisation, die sich den gegebenen Verhältnissen nicht anpassen vermag, hört auf, eine moderne Gewerk-

schaft zu sein. Das mögen meine Kollegen und Kolleginnen, die als Vertrauenspersonen oder als Vorstandsmitglieder tätig sind, nie vergessen. Von dem Moment an, wo wir nicht mehr die führenden, sondern nur die geschobenen Personen der Ortsgruppen sind, wo unsere Widerstandskraft gegen auftauchende Schwierigkeiten gebrochen ist, wo wir uns von den bei solchen Gelegenheiten nie ausbleibenden Jeremiaden einzelner Mitglieder beeinflussen lassen, statt Mut und Begeisterung in die Mitgliederkreise hineinzutragen, kann es um den Verband nicht mehr gut bestellt sein. Wenn die Stützen und Pfeiler der Organisation versagen, beginnt diese selbst zu wanken. Darum fort mit jeder Schwarzseherei. Vertrauen wir auf die alte, osterprobte Opferwilligkeit unserer Verbandsmitglieder. Es geht wenn wir wollen. Und wir müssen wollen. Die Verhältnisse zwingen uns dazu. (Bravo! D. H.) L. M.

In Nr. 33 des Organs nimmt auch ein Kollege aus Fingebrotch das Wort und spricht sich gegen die Erhebung von Lokalbeiträgen aus. Er schreibt, mit ihm werden wohl alle Sammler darin einig sein, daß es sehr schwierig ist, Ortsbeiträge zu erheben. Ich kann mich diesen Ausführungen als Vertrauensmann nur vollständig anschließen. Für Aachen und Umgegend besteht seit einigen Jahren ein Bezirkskartell, zu dessen Unterhaltung jedes Mitglied 10 Pfg. Ortsbeitrag zu zahlen hat. Wie schwer es hält, diese Gelder zusammenzuholen, geht schon daraus hervor, daß die Ortsgruppen des öfteren an ihre Pflichten erinnert werden müssen, besonders jene mit vielen Arbeiterinnen. Wird jetzt noch ein Ortsbeitrag vom Verband eingeführt, dann hätten wir schon mit zwei Ortsbeiträgen zu rechnen. Dadurch würde das Uebel noch größer und manche Ortsgruppe des Aachener Bezirks in ihrer Fortentwicklung schwer geschädigt werden. Weiter schreibt ein Kollege aus Süddeutschland zu derselben Frage: Vor drei Jahren wurde von der Augsburger Verbandsgeneralversammlung gemäß einem Antrag des Zentralvorstandes und einer Anzahl Ortsgruppen die heute noch in unserem Verbands geltenden Mindestbeiträge beschlossen. Einstimmig und mit heller Begeisterung stimmten die Delegierten diesen Anträgen zu. Daß diese Begeisterung von den Mitgliedern nicht geteilt wurde, hat sich nachher herausgestellt. Wir haben Tausende von Mitgliedern verloren, und nur mit aller Anstrengung ist es uns im vergangenen Herbst und Winter gelungen, die Mitgliederzahlen wieder zu erreichen, die wir bereits vor 4-5 Jahren aufweisen konnten. Ich sage auch, die Beiträge sind für einen Textilarbeiter hoch genug. Das stete Kapitel Beitragserhöhung muß auch manche von den Kollegen mißmutig machen, die bisher noch immer für die Sache gestanden haben. Unterdrücken wir nicht durch neue Maßnahmen den heute noch vorhandenen agitatorischen Geist, sonst werden wir statt den 50000 Mitgliedern wieder den 30000 zumarschieren.

Eilenburg. Cornelius B.

In den Zuschriften zur Frage der Lokalbeiträge ist mir u. a. auch ein Moment aufgefallen, nämlich die Ansicht, als ob diese Beiträge nun sofort eingeführt und erhoben werden müßten. Darum wohl auch der Einwand, daß dies bei der gegenwärtigen Teuerung und schwierigen Situationen führe, da mancher arme Familienvater kaum dazu in der Lage sei. Die erwähnte Ansicht beruht aber auf einem Irrtum. Bis jetzt ist den Ortsgruppenvorständen nur aufgegeben worden, für den Vorschlag, Lokalbeiträge zu erheben, Propaganda zu machen, vorzuarbeiten. Einen endgültigen, verpflichtenden Beschluß kann ja nur die nächste Generalversammlung fassen. Und die findet erst übers Jahr statt. In der Regel pflegen die von der Verbandsgeneralversammlung gefassten Beschlüsse erst einige Zeit später in Kraft zu treten. So käme als frühester Termin der obligatorischen Einführung der Lokalbeiträge der 1. Januar 1913 oder gar erst der 1. April 1913 in Betracht. Nun vergleiche man dieser Tatsache gegenüber die Klagen, die hier und da ausgesprochen werden. Alle diese Klagen über die durch die Darce herbeigeführte Teuerung, die zur Begründung der ablehnenden Haltung dienen sollen, treffen daneben. Bis übers Jahr und speziell bis zur definitiven Durchführung der Lokalbeiträge haben sich jedenfalls die Verhältnisse wieder geändert. Möge man darum doch die ganze Frage ruhig und objektiv behandeln.

Ich bin übrigens der Ansicht, daß gerade die befürchtete Teuerung für die Schaffung einer starken Kriegskasse und damit auch für die Einführung von Lokalbeiträgen spricht. Denn es ist doch ohne weiteres anzunehmen, daß eine eventuelle Teuerung erst recht Veranlassung zu Lohnbewegungen und Kämpfen geben wird. Da wird sich u. E. auch der kleine Mehrbeitrag, der von uns verlangt wird, lohnen. Lieber ein kleines Extrapfennig bringen, um später dank der gestärkten Verbandskasse den durch die Teuerung entstandenen Ausfall wieder durch Aufbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ausgleichen zu können, als auf das kleine Opfer zu verzichten und nachher um so weniger aktionsfähig zu sein.

Nun weiß man aber auch die tatsächlich wenig erfreuliche Lage hin, in der sich zur Zeit die mit mehreren Kindern

gesegneten Familienväter befinden. Diese ist gewiß keine rosig. Das fühle ich am besten am eigenen Leib, denn ich gehöre auch zu den letzteren. Trotzdem stehe ich auf dem Standpunkt, für meine Organisation, zur Hebung meiner Lage werde ich auch noch 5 Pfg. pro Woche mehr aufbringen. Ich werde diese 5 Pfg. wieder auf andere Weise einzubringen wissen. Die Organisation ist mein einziger Schutz, die einzige Hoffnung, wirtschaftlich vorwärts zu kommen. Sie lasse ich nicht im Stich. Uebrigens, man stelle doch nicht so sehr den armen Familienvater in den Vordergrund. Sind es diese denn, die am wenigsten opferwillig sind? Ich habe bis jetzt die Erfahrung gemacht, daß gerade die Familienväter mit mehreren Kindern am ehesten bereit sind, Opfer zu bringen. Nicht selten liegen die Schwierigkeiten bei solchen Kollegen, die weit besser zahlen könnten, wenn sie wollten. Also bitte, man nehme uns nicht zum Vorwand, um die eigene Ansicht zu begründen.

Nun noch eins. Warum hat der Zentralvorstand so früh die Diskussion über die Frage der Lokalbeiträge eröffnet. So mancher klagt jetzt, es werde die Agitation verdorben damit. Man sieht, auch der Zentralvorstand kann seinem recht machen. Bereitet er eine Aktion von langer Hand vor, so verdirbt er die Agitation. Führt er sie rasch und schneidig durch, so hat er die Mitglieder übercumpelt. M. E. hat der Zentralvorstand recht gehandelt. Er wollte uns Zeit geben, die Mitglieder aufzuklären, sie von der Notwendigkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen zu überzeugen. Von uns Vorstandsmitgliedern und Vertrauensmännern hängt es nun ab, ob die Aktion für den Verband erfolgreich oder nachteilig wirkt. Gehen wir in dem Sinne vor, wie es der erste einleitende Artikel des Verbandsorgans betont hat, dann bekommen wir in absehbarer Zeit die Lokalbeiträge ohne große Mitgliederverluste durch. Reden und schreiben wir uns selbst in eine deprimierte, faherjämmerliche Stimmung hinein, dann allerdings brauchen wir uns nicht zu wandern, wenn die Agitation verdorben wird. Dann aber durch unsere eigene Schuld. G. K.

Zur Beachtung!

Mit Rücksicht auf die gegenwärtigen schwierigen Agitationsverhältnisse soll die Diskussion über die Frage der Lokalbeiträge bis auf weiteres vertagt werden. Wir bitten, weitere Zuschriften nicht mehr einzusenden zu wollen. Wir hoffen aber trotzdem, daß die Ortsgruppen durch eine intensive Erziehungs- und Aufklärungsarbeit im Sinne der Vorschläge des Zentralvorstandes wirken werden. In nächster Nummer werden wir in einem Schlußartikel einzelne in der Diskussion in den Vordergrund getretene Momente noch einer kurzen Besprechung unterziehen.

Mit kollegialem Gruß!
Die Redaktion.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten.

Düren.

Die Arbeiter mehrerer Abteilungen der Appretur der Firma Leop. Schoeller Söhne haben vor einiger Zeit an die Betriebsleitung eine Eingabe gerichtet, in welcher sie um 10 Prozent Lohnerhöhung baten. Die Kollegen hofften bestimmt, daß die Firma, welche 100 000 Mark Gehalt hat für diejenigen Brautpaare, die in der Kaisergeburtstagswoche die kirchliche Ehe eingehen, auch soviel übrig hätte, um ihre schlechte Lage in etwa aufzubessern. Aber weit geistelt die Firma fand es nicht einmal für notwendig, den Arbeitern eine Antwort zu kommen zu lassen. Dem Herrn Oberbürgermeister, welcher in der Sache vermittelte, erklärte die Firma: „Es wird nichts mehr gezahlt, die Leute können ja streiken.“ Noch selten hat ein Arbeitgeber so den unnahbaren Machtstandpunkt vertreten, wie es Herr Rudolf Schoeller gegenüber dem Herrn Oberbürgermeister und den Arbeitern getan hat. Nicht einmal 1500 M. jährlich, um diesen Betrag handelt es sich für die 20 in Betracht kommenden Arbeiter, hat diese Firma für ihre schlecht gelohnten Arbeiter übrig. Dandertausende werden aufgewandt, um nach außen als national und wohlgekannt zu gelten, wenn auch dabei die Arbeiter ein kümmerliches Dasein fristen müssen. Einem solchen Gebahren kann nur durch den Zusammenstoß der Arbeiter in der Organisation Einhalt geboten werden. Allen Kollegen und Kolleginnen muß und wird es zum Bewußtsein kommen, daß die Besserung der Lage des Arbeiterstandes erstritten werden muß. Ohne Kampf wird dieses bei der Firma Leop. Schoeller nicht möglich sein. Ueber den Zeitpunkt reden wir mit.

Füllenbeck.

Zu einem schweren Kampfe scheint es bei der Firma C. A. Delius und Söhne zu kommen. Die Arbeiter hatten vielfach ungenügenden Verdienst durch schlechtes Material; auch fühlten sie sich ungerecht behandelt. Eine Verhandlung dieserhalb konnte die Arbeiterschaft nicht befriedigen. Der Arbeiterausschuß wurde beauftragt, eine Eingabe an die Firma zu machen; er wurde aber abgewiesen. Die Eingabe wurde zurückgegeben, ja, der Herr Kommerzienrat Paul Delius gab dem Arbeiterausschuß noch die Antwort: „Wenn meine Arbeitsbedingungen nicht gefallen, der kann gehen.“ Wenn auch dieses Borgehen der Firma die Arbeiterschaft schon sehr erbitterte, so beauftragte sie dennoch den

Arbeiterausschuß, nochmals eine Verhandlung mit der Firma anzubahnen und, wenn möglich, eine Verständigung herbeizuführen. Als Antwort hierauf wurde der Arbeiterausschuß sofort vom Herrn Kammerzienrat Paul Delfus entlassen. Obwohl der Arbeiterausschuß nur das getan hat, wozu er von der Arbeiterschaft beauftragt war, wird er für die Wünsche der Arbeiter verantwortlich gemacht. Unter den Ausschlußmitgliedern sind Männer, welche schon über 20 Jahre bei der Firma gearbeitet haben. Sollte die Arbeiterschaft zum Kampfe gezwungen werden, so fällt die Verantwortung auf die Firma. — Mittlerweile ist der Kampf bereits ausgebrochen. Nach erfolgter Kündigung traten die Arbeiter am 8. Sept. in Streik. Alle, 430 an der Zahl, sind unsere Mitglieder. Hoffentlich wird nun auch die Firma bald ihr Unrecht einsehen und einer Verständigung zuneigen.

Krefeld.

Die Zeugdruckerbewegung. Ein Spiegelbild der gewerkschaftlichen Situation in Krefeld. Die Zeugdrucker bilden unter den hiesigen Textilarbeitern eine verhältnismäßig kleine Berufsgruppe. Vor einigen Jahren waren sie in einer Zahl von etwa 200, jetzt werden es kaum noch die Hälfte davon sein. Einer Bewegung der etwa 100 Zeugdrucker wäre an und für sich wohl keine große Bedeutung beizumessen. Wenn wir etwas ausführlicher auf die Bewegung eingehen, so nur der Begleiterscheinungen wegen, die ein grelles Licht auf die gewerkschaftliche Situation in Krefeld werfen.

Nun zur Sache folgendes: Es handelt sich um eine Tarifbewegung im allgemeinen und eine Bewegung der Arbeiter der Firma Albouts Finckh u. Co. im besonderen. Ende Juni haben die Zeugdrucker in einer Versammlung den Beschluß gefaßt, den bestehenden Lohnsatz zum 1. Oktober zu kündigen. Bemerkenswert ist hierzu, daß zur Zeit von maßgebenden Personen des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes die Absicht ausgesprochen worden ist, daß der neue Tarif nur für die in genanntem Verband organisierten Zeugdrucker abgeschlossen werden sollte. Die christlich Organisierten sollten also vor die Frage gestellt werden, entweder rot oder kein Brot. Daß man es diesmal wirklich auf die Christlichen abgesehen hatte, beweisen die von den leitenden Personen des sozialdemokratischen Verbandes in der oben bezeichneten Versammlung gebrauchten Ausdrücke, wie christliche Haslenten, Schwindler, Lügner u. Es sahien also von vornherein, daß man die Absicht des Ausschusses der Christlichen derwirklichen wollte. Das Gros der Zeugdrucker gehörte zu der Zeit allerdings dem sozialdemokratischen Verbande als Mitglied an und deshalb glaubte man sich etwas erlauben zu dürfen. Möglich ist aber auch, daß durch Schürung des Christenhasses den Zeugdrucker der klare Blick getübt werden sollte, um sie so von den notwendigen Maßnahmen betreffs des Tarifabschlusses abzuhalten. Jetzt liegen die Dinge bereits anders, was im weiteren Verlaufe des Berichtes noch näher mitgeteilt wird.

Durch die früheren Tarifabschlüsse haben die Wochenlohnsätze der Zeugdrucker eine Erhöhung erfahren. Andererseits aber klagen die Zeugdrucker, daß die Erhöhung der Lohnsätze ein immer untraglicheres Treibersystem mit sich gebracht hätte. Dasselbe sei besonders in einigen Fabriken in voller Blüte. Dazu würden in ruhigen Geschäftszeiten die vorhandenen Arbeiter schnell angearbeitet, was dann Feierlichkeiten und Entlassungen zur Folge hätte. Die Zeugdrucker klagen auch darüber, daß besonders vor Tarifverhandlungen bzw. während der Kündigungszeit des Tarifs, Arbeitseinsparungen und Entlassungen vorgenommen würden. So hätte auch jetzt, nachdem der Tarif am 1. Juli zum 1. Oktober gekündigt worden sei, z. B. die Firma Albouts Finckh die Arbeitszeit bedeutend verkürzt und Arbeitern gekündigt. Soweit über die allgemeine Situation und Stimmung unter den Zeugdruckern.

Die Arbeiter erblickten in der Maßnahme der Firma eine Härte gegen die Arbeiter und setzen sich deshalb zur Wehr. Sie schlugen vor, die Arbeitszeit soweit zu kürzen, daß alle Arbeiter in Arbeit bleiben könnten. Die Firma lehnte den Vorschlag rundweg ab, der Betrieb geräthe eine solche Einteilung nicht. Die übrigen 28 Zeugdrucker erklärten sich jedoch mit den acht gekündigten solidarisch und reichten ebenfalls die 14tägige Kündigung ein. Die während der Kündigungszeit gemachten Einigungsversuche scheiterten, da beide Parteien an ihrem Standpunkte festhielten. Am 20. 7. wurden die acht Arbeiter entlassen. Tags darauf lief die Kündigungszeit der übrigen 28 Arbeiter ab und traten diese in den Ausstand. Am 22. 7. fanden Verhandlungen zwischen dem Arbeiterausschuß nebst Verbandsvertretern des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes einerseits und der betroffenen Firma nebst Vertretern des Arbeitgeberverbandes andererseits statt, die jedoch keine Einigung brachten. In einer Belegschaftsversammlung am 24. 7. wurde berichtet, daß der Arbeitgeberverband den Vorschlag der Arbeiter, außer dem einen Feiertag noch eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit vorzunehmen, damit die acht Arbeiter wieder mit eingestellt werden könnten, abgelehnt hätte. Als Begründung wurde angegeben, daß die Firma sowieso noch weitere Arbeitszeitverkürzungen und Entlassungen vornehmen müsse. Die Versammlung beschloß, nochmals an ihrem ersten Vorschlag festzuhalten. Dieses wurde dem Arbeitgeberverband mitgeteilt.

In einer Fabrikbesprechung am 29. 7. lag eine erneute ablehnende Antwort des Arbeitgeberverbandes vor. In dieser Versammlung ermahnten die sozialdemokratischen Führer Brüggemann und Wiffler, die Arbeit am folgenden Montag wieder aufzunehmen. Die Belegschaft lehnte dies jedoch entschieden ab und hielt an ihrem ersten Standpunkte fest. Nachdem so noch einmal hin und her verhandelt war, verlangte der Arbeitgeber-

verband von den Arbeitern endgültigen Bescheid bis zum 2. August. Dieser Bescheid lautete nach wie vor ablehnend. Inzwischen (am 31. 7.) hat nun eine Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes der rheinischen Seidenindustrie stattgefunden. Darüber brachte das hiesige sozialdemokratische Parteiorgan, die „Niederrheinische Volkstribüne“ (Nr. 180/1911), folgenden Bericht:

Krefeld, den 3. August 1911.

Die Arbeiterbewegung bei der Firma Rhein. Seiden-druckerei Albouts, Finckh u. Co. in Krefeld. Die Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes der rheinischen Seidenindustrie beschloß einstimmig, der betroffenen Firma den vollen Schutz des Verbandes zu gewähren.

In Ergänzung der bisherigen Zeitungsberichte sieht sich nunmehr der Arbeitgeberverband veranlaßt, der Öffentlichkeit gegenüber den Hergang festzustellen.

Der Geschäftsgang in der Seiden-Handdruckerei ist seit mehreren Wochen ungünstig gewesen. Es mußten vielfach Feierlichkeiten eingelegt und Arbeiter entlassen werden.

Es soll hier nicht untersucht werden, ob allein die Ungunst der Mode an der mangelnden Beschäftigung die Schuld trägt, oder ob nicht andere Umstände die bedauerliche Tatsache verursacht haben, daß die Krefelder Seiden-druckerei von Jahr zu Jahr zurückgeht, während die süd-deutsche und ausländische Druckerei in voller Blüte steht.

Die bestellte Firma hat vor drei Wochen acht Zeugdrucker kündigen müssen wegen ungenügender Beschäftigung. Die übrige Belegschaft, 28 Mann, erklärte sich daraufhin mit den Entlassenen solidarisch und reichte ihrerseits die Kündigung ein.

Die Kündigungsfrist ist am Freitag der vorletzten Woche abgelaufen und hat die Firma, da eine Einigung mit den Arbeitern nicht zu erzielen war, den Schutz des Arbeitgeberverbandes der rheinischen Seidenindustrie angerufen.

In einer Besprechung, die nun in der letzten Woche zwischen dem Ausschuss der Belegschaft mit ihren Verbandsführern und dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes stattgefunden hat, ist den Arbeitern bewiesen worden, daß nur die mangelnde Beschäftigung die Veranlassung zu der Kündigung war.

Es ist ihnen bewiesen worden, daß zurzeit für die fraglichen 28 Mann nicht einmal für eine Woche Beschäftigung vorlag. Die Firma erklärte sodann ausdrücklich, daß, wenn der Geschäftsgang wieder lebhafter würde, die entlassenen Arbeiter wieder eingestellt werden sollten.

Trotzdem bleiben die Leute im Ausstand und verlangen die sofortige Wiedereinstellung der acht Arbeiter.

Der Arbeitgeberverband steht der ganzen Bewegung mit der größten Nähe entgegen, er ist aber gezwungen, zur Unterstützung der betroffenen Firma weitere Schritte zu beschließen, wenn nicht die Arbeiter baldigt ihren unvernünftigen Standpunkt aufgeben.

Von der Einigkeit der Leute ist zu erwarten, daß sie in ihrem eigenen Interesse es nicht zum Äußersten kommen lassen werden und daß die Beunruhigung der Krefelder Seidenindustrie vermieden wird.

Einige Tage nach dieser Veröffentlichung haben Verhandlungen zwischen den Vertretern des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes und den Vertretern des Arbeitgeberverbandes der rheinischen Seidenindustrie stattgefunden. Es wurde vereinbart, die acht entlassenen Arbeiter sollen in anderen Betrieben eingestellt werden. Eine am 8. August stattgefundene Belegschaftsversammlung lehnte jedoch diesen Vorschlag ab. Die Streikenden vertraten die Ansicht, daß, wenn die acht Kollegen auch in anderen Betrieben eingestellt würden, dies nur ein schlaues Manöver sein konnte. Es sei zu befürchten, daß nach Aufnahme der Arbeit der übrigen 28 Arbeiter bei Albouts Finckh u. Co. die Acht dann doch wieder entlassen würden. Sie wollten auch nicht andere Kollegen brotlos machen. Der Vertreter des sozialdemokratischen Verbandes, Brüggemann, erklärte den Arbeitern, wenn sie den Vorschlag nicht annehmen würden, so werde der Verband die Unterstützung entziehen. Dergleichen auch bei sich aus dem Streik ergebenden Aussparungen. Die Streikenden lehnten es trotzdem ab, den Vorschlag anzunehmen. Die acht Entlassenen mußten dann zum Verbandsbüro kommen, wo ihnen Arbeit angewiesen wurde. Nur einige folgten der Anweisung und traten in hiesigen Apparaturen in Arbeit. Nach kurzer Zeit stellten sie jedoch die Arbeit wieder ein, weil andere Arbeiter in den betreffenden Betrieben entlassen wurden, bzw. entlassen werden sollten. Den Streikenden ist sodann die Streikunterstützung entzogen worden. Der sozialdemokratische Verband überließ dieselben sich selbst. Diese riefen dann die Solidarität der Krefelder Arbeitererschaft an, indem sie folgendes Schreiben an sämtliche Arbeiterausschlüsse der Krefelder Textilfabriken versandten:

Sammelliste Nr.: . . .

für die Zeugdrucker der betroffenen Firma Albouts, Finckh u. Co. Laut Schreiben vom 10. 8. 1911 ist uns vom Verband die Unterstützung entzogen worden. Wir bitten um gefl. Unterstützung von Seiten der Arbeiterschaft.

Achtungsvoll

Die Streikleitung, der Vertrauensmann der Zeugdrucker.

Die Bewegung trat damit in ein neues Stadium ein. Die streikenden Zeugdrucker und mit ihnen auch noch andere Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes versuchten nun auf anderem Wege, den Verband zur Auszahlung der Streikunterstützung zu veranlassen, jedoch ohne Erfolg. Es setzte dann eine scharfe Opposition gegen den sozialdemokratischen Verband ein. Darüber werden wir in einem besonderen Artikel berichten.

Aus unseren Bezirken.

Gau Vogtland.

Unsere am Sonntag, den 20. August, abgehaltene Konferenz hatte guten Besuch aufzuweisen. Als Tagungsort war Glauchau vorgezogen. 12 Delegierte, darunter eine Kollegin, die Verbandsbeamten, der Vertreter des Zentralverbandes und eine Anzahl Gäste wohnten der Konferenz bei. Die Tagesordnung wies folgende Punkte auf: Geschäftsbericht des Bezirksleiters, Berichte der Delegierten, Vortrag des Kollegen Melcher über: „Unsere

Herbst- und Winterarbeit“, Vortrag des Kollegen Blantenagel über: „Die Lage des Verbandes und unsere nächsten Aufgaben“, Verschiedenes.

Kollege Sparenberg gab in scharfen Umrissen ein Bild von der Entwicklung des Bezirkes Sachsen-Thüringen-Brandenburg. Danach wurden vom Juli 1910 bis Juli 1911 neugewonnen 798 Mitglieder, 338 männliche und 468 weibliche. Die Zahl der Ortsgruppen stieg von 19 auf 23. Ferner besteht Aussicht in eine Anzahl neuer Orte einzudringen. Die Massenverhältnisse hatten infolgedessen eine Besserung erfahren, als sich die Einnahmen von 5855,70 M. auf 8047,90 M. erhöhten. Doch konnte auch andererseits durch die erhöhten Ausgaben festgestellt werden, daß der Bezirk in diesem Punkte ganz besondere Anforderungen an die Zentralkasse stellt. Kollege Sparenberg machte die Anwesenden darauf aufmerksam, daß wir durch Einführung von Lokalbeiträgen ein Mittel in der Hand hätten, unsere Finanzen zu erhöhen. Nach Bericht über die Lohnbewegungen des vergangenen Jahres wurde die Geschäftsführung einiger Ortsgruppen unter die kritische Lupe genommen. Es stellte sich heraus, daß einzelne Ortsgruppen nicht an das kaiserliche statistische Amt über Arbeitslosigkeit berichteten. Eine Unterlassung, die für später nicht mehr vorkommen darf. Kollege Sparenberg schloß mit dem Wunsch, daß durch diese Konferenz der Bezirk und der Gau zu einem ebenbürtigen den anderen gegenüber im Verbandegebiet werden möge.

Daran schlossen sich die Berichte der einzelnen Delegierten. Dieselben erstreckten sich über die inneren und äußeren Arbeiten der einzelnen Ortsgruppen. Durch alle Berichte aber ging der Wunsch, im nächsten Herbst und Winter wieder vorwärts zu kommen.

Aus dem Vortrage des Kollegen Melcher konnte sich jeder Ortsgruppendelegierte weitere Richtlinien für die spätere Zeit nehmen. Nicht nur die einzelnen Agitationsmöglichkeiten wurden von ihm beleuchtet, sondern den Delegierten auch Mittel zur inneren Ausstattung der Ortsgruppen an die Hand gegeben.

Im Mittelpunkt der Konferenz stand der Vortrag des Kollegen Blantenagel aus Barmen, als Vertreter des Zentralverbandes. Kollege Blantenagel sprach über das Thema: „Die Lage unseres Verbandes und unsere nächsten Aufgaben“. Wer von den Delegierten bis dahin noch an der Notwendigkeit der Einführung von Lokalbeiträgen zweifelte, der mußte jetzt diese Notwendigkeit erkennen. Er faßte seine Ausführungen in dem Wunsch zusammen, bei der nächsten Verbandsgeneralversammlung 50000 Mitglieder zählen zu dürfen.

Eine längere und eingehende Diskussion knüpfte sich an dieses Referat. Dieselbe drehte sich zum großen Teil um die Einführung von Lokalbeiträgen. Von einigen kleineren Bedenken abgesehen, waren fast alle Delegierte für Stärkung unserer Zentralkasse. Es soll nun den einzelnen Ortsgruppen selbst überlassen bleiben, die günstigste Zeit und die Höhe dieses Beitrages festzusetzen.

Nach fast achtstündiger Arbeit war die Tagesordnung erledigt. Kollege Gehrmann-Glauchau, der die Verhandlungen geleitet hatte, dankte den Erschienenen für ihre Ausdauer und schloß die Konferenz mit dem Wunsch, die einzelnen Ortsgruppen mögen weiter blühen und gedeihen.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Mugsburg. Eine Fabrikversammlung mit sozialistischem Einschlag. Die sozialdemokratischen Führer der Partei und Gewerkschaften haben zur Zeit eine Missionsaufgabe zu vollbringen. Immer näher rückt die Zeit der Reichstagswahlen heran, wo nach dem Geizhals der Sozialführer mit den bürgerlichen Parteien „furchtbare Abrechnung“ gehalten werden soll. Selbstverständlich können das diese Geizhaiser nicht allein machen, sondern dazu bedürfen sie der Hilfe, und was die Hauptaufgabe ist, Stoff zum Hehen. Einen besonders großen Erfolg für die Agitation erhoffen die Genossen auch mit der Reichsversicherungsordnung. Wir erinnern nur an den lustigen Tanz, den die sozialdemokratische Preiße bei der Beratung dieses Gesetzes ausführte. Bei der Abstimmung aber zeigte sich das arbeiterverräterische Verhalten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in voller Glorie. Alle die Verbesserungen, welche durch dieses Gesetz geschaffen wurden, kramten sie nieder und sie haben damit bewiesen, daß sie heute noch um keinen Deut gescheiter sind, als in den 80er Jahren, wo sie gegen die gesamten Arbeiterschaft und Versicherungssektore gestimmt haben. Daraus ist zu ersehen, daß die Sozialdemokratie eine Macht im Reichstage gar nicht deshalb erzielen will, um für die Arbeiterschaft Verbesserungen zu erreichen, sondern um Thron und Altar zu kürzen und an deren Stelle den „Zukunftstaat“ mit sozialdemokratischer Herrschaft zu setzen. Und um die Arbeiterschaft für diese Idee bereit zu schlagen, beriefen die Führer des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes eine Betriebsversammlung ein, in der der sozialdemokratische Arbeitersekretär Schmidt über „Betriebskrankenkassen und moderne Sozialreform“ sowie deren Geschäftsführer A. Nöllich über „Unternehmerverbände und Arbeiterrecht“ sprechen wollten. Diese Versammlung fand statt am 25. August direkt nach Arbeitsloshaus. Bei dem Referat des Herrn Schmidt mußten wir erkaunt aufhorchen; er erklärte, daß auch in diesem Betriebe vieles nicht eingehalten werde und nannte besonders den § 3a des Krankenversicherungsgesetzes; die Schuld liege an den Leuten selbst, da sie die richtigen Leute in den Krankentassenausschuß wählen sollen, damit die Arbeiterinteressen richtig vertreten werden. Herr Schmidt gibt also zu, daß manches besser sein könnte, wenn, ja wenn der Arbeiterausschuß seine Pflicht getan hätte. Und dieser Arbeiterausschuß gehört vom ersten bis zum letzten Mann dem sozialdemokratischen Textilarbeiterverbande an! Das hat Herr Schmidt offenbar nicht gewußt. In beiden Vorträgen wurde ganz besonders dem Zentrum zugehört und der Schlussappell von beiden war: „Die Arbeiterschaft muß treu zusammenhalten und bei der nächsten Reichstagswahl muß jeder seine Pflicht erfüllen, d. h. nur sozialdemokratisch darf gewählt werden“. So wird eine öffentliche Betriebsversammlung benötigt, um sozialdemokratische Politik und Propaganda zu betreiben. Als dann in der Diskussion auch ein Vertreter des christlichen Verbandes sich zum Wort meldete und alle diese Dinge ins rechte Licht rückte, da stiegen die roten Hähne auf das Dach und fingen fürchterlich zu krähen an. Einer dieser „Helden“ — mit dem wir uns, wenn nötig, nochmal eigens beschäftigen werden — meinte:

„Der Vertreter des christlichen Verbandes solle bedenken, daß er heute die Gastfreundschaft dieser Betriebsversammlung genieße und er solle deshalb nicht vergessen, in welcher Versammlung er sich befinde.“ Da müßte man eigentlich ausruhen. Herr wir danken für die große Gnade, wenn es nicht eine öffentliche Betriebsversammlung gewesen wäre, wo die Herren Sozialdemokraten gar kein Recht haben, eine so einseitige Propaganda für die Sozialdemokratie zu betreiben. Wie schrieb doch die „Schwäbische Volkszeitung“ in Nr. 179? „Wenn die Herren unter sich bleiben wollen, dann müssen sie es eben anders anfangen.“ Was da für die Christlichen empfohlen wurde, das rufen wir auch den Sozialdemokraten; wenn sie sozialdemokratischen Stimmengang für die nächste Reichstagswahl betreiben wollen, so sollen sie das in ihren Mitgliederversammlungen machen, nicht aber in einer öffentlichen Betriebsversammlung. Zum Schluß ließ dann Herr Nütlich die Rede noch einmal kräftig aus dem Saal. Er forderte die sozialdemokratisch organisierte Arbeiterschaft auf, dafür zu sorgen, daß die Christlichen kein Aufkommen in dem Betriebe haben, dieselben mühten niedergedrückt werden. Gleichzeitig sprach er den dringenden Wunsch aus, es solle von dieser Versammlung nichts in die Presse kommen. Wenn dies jetzt doch geschehen ist, dann deshalb, um die unehrliche Taktik des roten Textilarbeiterverbandes öffentlich zu brandmarken, denn diese Taktik muß unbedingt der gesamten Arbeiterschaft zum Schaden sein.

Greiz i. Vogtland. Eine öffentliche Versammlung fand am Sonntag, den 19. Aug. im Gasthof Burgkeller statt. Als Referent war Kollege Blankenagel aus Barmen erschienen. „Findet die Arbeiterschaft in den christlichen Gewerkschaften eine wirksame Interessenvertretung“, war das Thema, welches Kollege Blankenagel behandelte. Er verstand es, den Anwesenden in zu Herzen gehenden Worten zu beweisen, daß die christlichen Gewerkschaften nicht nur auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitskämpfe die Interessen der Arbeiter vertreten, sondern daß sie auch immer mehr außerhalb des Rahmens der Gewerkschaftsbewegung an Beachtung gewinnen. Selbst bei Beratung der Reichsversicherungsordnung war es den christlichen Gewerkschaften vergönnt, mitbestimmend zu sein. Die weiteren Ausführungen des Kollegen Blankenagel gipfelten in dem Wunsch, bei Eintritt der kühleren Jahreszeit mehr als bisher für unsere Bewegung tätig zu sein. Sämtliche Dispositionsredner waren mit den Ausführungen des Kollegen Blankenagel einverstanden. Unsere Gegner hatten es vorgezogen, nicht zu erscheinen.

Eine weitere öffentliche Versammlung fand am 26. Aug. in eben demselben Lokale statt. Es galt Stellung zu nehmen gegen die Abicht einiger Großhändler landwirtschaftlicher Produkte, dieselben im Preise zu steigern. Referent war Kollege Melcher aus Greiz. In Hand von statistischem Material zeigte der Redner die Entwicklung unserer Landwirtschaft seit etwa 20 Jahren. Die Schlüsselausführungen des Kollegen Melcher Hessen klar und deutlich erkennen, daß sich unsere Ortsgruppe mit einer Steigerung der Preise für landwirtschaftliche Produkte nicht einverstanden erklären könne. Als Ersatz für Milch wurde kondensierte Milch empfohlen. Ebenso wurde angeregt, in späterer Zeit gemeinsam Kartoffeln, Butter, Eier usw. zu beziehen, um unsere Mitglieder vor Lieberverteilung zu schützen.

Auch hier waren die Anwesenden voll und ganz auf der Seite des Referenten. Einige unserer Bewegung fernliegende stimmten unseren Maßnahmen ebenfalls zu. Unsere Mitglieder mögen sich angewöhnen, bei derartigen Veranstaltungen pünktlich zu erscheinen, da sonst der Anschein erweckt wird, als seien unsere Mitglieder mit der Preissteigerung einverstanden.

Hof a. d. Saale. Punkt 8 1/2 Uhr eröffnete der Vorsitzende die auf Mittwoch, den 30. Aug., einberufene Mitgliederversammlung. Folgende Tagesordnung wurde erledigt: 1. Unsere Herbst- und Winterarbeit, Referent Kollege Melcher-Greiz; 2. Bericht von der Gauleonferenz in Glauchau, Referent Kollege Fuchs; 3. Bericht über die verschiedenen Agitationsmöglichkeiten, deren wir uns in Hof bedienen können. Außerdem gab er noch manche Anregungen zur inneren Ausgestaltung unserer Ortsgruppe. Der Bericht des Kollegen Fuchs über die Gauleonferenz in Glauchau wurde ebenfalls mit großem Beifall angenommen. Unter Punkt 3. Bericht über die Ortsgruppe Hof, die die jüngste unserer Verbände sein dürfte, die Erhebung eines Lokalbeitrages von 5 Pf. pro Mitglied und Woche ab 1. Oktober d. J. Die Einführung eines Extrabeitrages wurde von den Anwesenden einstimmig und mit großer Begeisterung angenommen. Mögen sich andere größere Ortsgruppen an dieser Opferwilligkeit ein Beispiel nehmen. Ferner wurde beschlossen, jeden zweiten Mittwoch nach der regelmäßigen Mitgliederversammlung einen Besprechungsabend einzuschalten. Als Stoff soll benutzt werden das Zentralblatt, unser Organ und die wöchentliche Arbeiterzeitung. Nach einer kleinen Ansprache fand diese für die Ortsgruppe wichtige Versammlung ihr Ende.

Krefeld. Nachdem in einer Vorstandssitzung, sowie in einer allgemeinen Vertrauenssammlung die Frage: Wie stärken wir unsere Zentralkasse“ gründlich vorherbesprochen war, hat dann am 27. Aug. eine gut besuchte Mitgliederversammlung ebenfalls zu der Frage Stellung genommen. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung und Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten, begründete Kollege Marquardt die Notwendigkeit einer weiteren Stärkung der Zentralkasse. Er ging zunächst auf die Kassenverhältnisse unseres Verbandes näher ein und bemerkte, daß die Zentralkasse unseres Verbandes im Jahre 1910 nur rund 10000 M. zugenommen habe. Diese Zunahme sei zu gering. Als Ursache dieser geringen Fortentwicklung seien unter anderem die ausgedehnten Unterstützungsleistungen zu nennen. Im Jahre 1910 sind an Kranken- und Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt worden: im ersten Quartal 31 172 M., im zweiten Quartal 27 431 M., im dritten Quartal 35 371 M., im vierten Quartal 37 136 M. und im ersten Quartal 1911 46 840 M. An Streikunterstützung sei in demselben Zeitraum keine besonders große Summe vorausgibt worden. Bei dem Bestreben, die Zentralkasse zu stärken müsse auch eine Einschränkung der Kranken- und Arbeitslosenunterstützung in Betracht gezogen werden, solle etwas nachgelassenes geschehen werden. Ein weiterer Weg sei auch die Erhebung von Extrabeiträgen. Vorstand und Vertrauensmänner hätten sich jetzt einstimmig für Einschränkung des Unterstützungsweises ausgesprochen. Einmütigkeit herrsche darüber, daß die Zentralkasse geparkt werden müsse.

Nach einer regen Diskussion, in welcher die Redner sich mehr für eine Einschränkung des Unterstützungsweises aussprachen, stellten die Kollegen Dellbrud und Wislitz folgenden Antrag: Die heutige Ortsgruppenversammlung spricht sich entschieden gegen die Einführung von Lokalbeiträgen aus. Da aber eine Stärkung der Zentralkasse notwendig ist, so stellt die Versammlung den Antrag an die Bezirkskonferenz, die Frage der Abschaffung der Kranken- und Arbeitslosen-

unterstützung Stellung zu nehmen und einen entsprechenden Antrag an die nächste Verbandsgeneralversammlung zu stellen. Der Kollege W. Marquardt unterbreitete der Versammlung einen Eventualantrag, der besagt, die Bezirkskonferenz solle beschließen, an die nächste Verbandsgeneralversammlung den Antrag zu stellen, daß die Krankenunterstützung erst von der vierten Woche ab und die Arbeitslosenunterstützung nur bei Entlassungen bezahlt wird. Ferner wolle die Verbandsgeneralversammlung einen kleinen wöchentlichen Extrabeitrag beschließen, nach Anhörung der Mitglieder. Der erste Antrag wurde einstimmig angenommen. Der zweite als Eventualantrag wurde ebenfalls mit großer Mehrheit angenommen. Als Delegierte zur Bezirkskonferenz wurden die Kollegen J. Stiels, R. Mast und C. Effer gewählt. Kollege Stiels wies noch daraufhin, daß am 11. November die Gewerkschaftsbüros zusammen gelegt würden nach Weststraße 35. Er beantragt, daß auch das Bezirksbüro nach dort verlegt werden möge. Nachdem Kollege Effer zu treuer Zusammenarbeit angespornt hatte, schloß er die Versammlung mit dem Wunsch, daß die Mitglieder immer so zahlreich erscheinen möchten.

Schiffbahn. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Kassierer von Bahnhofstr. 6 nach Neerenerstr. 103 verzoogen ist. Sämtliche Unterstützungen werden deshalb nur freitags von 7 1/2-8 1/2 Uhr abends ausbezahlt. Sollte dieser Tag auf einen Feiertag fallen, dann am Abend vorher. Abrechnung der Vertrauensleute wird vor Schluß des Monats vom Vorstande bestimmt.

Süchteln. In unserer am 20. August stattgefundenen Mitgliederversammlung erstattete der Kassierer zunächst den Monatsbericht vom 2. Quartal. Nachdem Kollege Jz im Namen der Revisoren erklärt hatte, daß Bücher und Kasse revidiert und in Ordnung gefunden worden seien, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Der Vorsitzende, Kollege Glöses, gab dann einen kurzen Bericht über die Konferenz in Cleve, der er als Vertreter der Ortsgruppe Süchteln beigewohnt hatte. Zur Bezirkskonferenz wurden als Delegierte in geheimer Wahl die Kollegen Glöses und Jz gewählt. Beide nahmen auch die Wahl an. Sodann berichtete der Vorsitzende des Ortskartells, Stadtverordneter Franz Kallen, über die Tätigkeit des Ortskartells in letzter Zeit und machte bekannt, daß dasselbe jetzt an das Bezirkskartell in Krefeld angeschlossen sei. Für die Abhaltung eines hundertsten Arbeiterfurus wurden von der Versammlung 2 M. bewilligt. Zum Schluß bat der Vorsitzende die Mitglieder, sich rege an dem Furus zu beteiligen, damit derselbe sich auch lohne.

Soziale Rundschau.

Die Arbeitszeit in der Großeisenindustrie Preußens im Jahre 1910. Ueber dieses Kapitel bringt die „Soziale Praxis“ in Nr. 48 eine längere recht interessante Abhandlung, die darlegt, wie trotz der Verhältnisse hinsichtlich der Arbeitszeit der Arbeiter in der Großeisenindustrie noch liegen. Wir entnehmen der Abhandlung nachstehende orientierende Angaben:

1909 (Beobachtungszeit rund 8 Monate) waren in der Großeisenindustrie Preußens durchschnittlich in den regelmäßigen Arbeitsschichten beschäftigt fast 183 000 Arbeiter, davon leisteten durchschnittlich monatlich 73 000 = 40 vom Hundert Ueberarbeit mit insgesamt 8 1/2 Millionen Stunden, was auf das ganze Jahr 1909 berechnet rund 13 Millionen Ueberstunden ergibt.

1910 dagegen war die Arbeiterzahl auf etwa 195 000 gestiegen, von ihnen leisteten durchschnittlich monatlich fast 86 000 = 41 vom Hundert Ueberarbeit mit insgesamt 18 1/2 Millionen Stunden, davon 7 1/2 Millionen Stunden an Sonntagen.

Das bedeutet für 1910 eine Steigerung der Zahl der Arbeiter um fast 7 vom Hundert, der Ueberarbeit leistenden Arbeiter um 18 vom Hundert, der Ueberstunden aber um 43 vom Hundert. Also eine mögliche Mehrerstellung von Arbeiter, eine erhebliche Vermehrung der Heranziehung zur Ueberarbeit, eine enorme Erhöhung der Gesamtdauer der Ueberstunden, wovon mehr als 40% auf den Sonntag fallen.

Diese Ueberarbeit ist aber eine Zugabe zu einer ohnehin sehr langen Arbeitszeit. Während nach den Berichten der Gewerkschaften die Arbeitszeit der erwachsenen Männer im allgemeinen sonst mehr und mehr eine Verkürzung erfährt, die häufig bis 9 und 8 Stunden effizienter Arbeitszeit sinkt, herrscht in der Großeisenindustrie Deutschlands fast unbeschränkt die 12 Stunden schicht, einschließlich Pausen, 8 bis 9 Stunden schichten hatten bei einzelnen Hochöfen und Walzwerken nur etwa 2 000 Arbeiter, 11 bis 11 1/2 Stunden schicht 1650, 12 1/2 bis 13 Stunden 840 Arbeiter. Mehr als 191 000 Arbeiter in Preußen hatten also 12 Stunden schichten, ganz abgesehen von den Wechselschichten. Dabei wird hier und da erwähnt, daß noch eine Verlagerung der Arbeitszeiten beabsichtigt wird. In regelmäßigen Tag- und Nachtschichten werden zum Teil 50 bis 60% der Arbeiter, aber auch (in den Regierungsbezirken Trier und Aachen) 65 bis 73% beschäftigt.

Betrachtet man die Dauer der Ueberarbeit in einzelnen, so sind die häufigsten Fälle solche von 1 bis 2 Stunden, die Fälle von mehr als 2 bis 5 Stunden sind weniger zahlreich, dann gehen aber die 5-, 6-, 7stündigen und noch längeren wieder in die Höhe; von den letzteren entfällt der größere Teil auf die Sonntagarbeit. Die durchschnittliche Dauer der Ueberarbeit für Mann und Tag betrug z. B. im Regierungsbezirk Düsseldorf 40 Minuten bis eine Stunde an Werktagen und 3 bis 3 1/2 Stunden an Sonntagen. Im Regierungsbezirk Aachen ebenfalls 40 Minuten bzw. 2 1/2 Stunden, im Regierungsbezirk Trier 40 Minuten am Werktag. In diesen vier Bezirken allein sind rund 168 000 Arbeiter beschäftigt, von denen 75 000 fast 17 Millionen Ueberstunden geleistet haben, davon 7 1/2 Millionen an Sonntagen. Mit diesen Durchschnittszahlen ist natürlich nicht gesagt, daß nicht häufig sehr viel längere Ueberarbeit vorkommt: 12 Stunden regelmäßige Arbeitszeit, dazu 3 bis 4 Stunden Ueberarbeit sind nichts seltenes, vereinigt kommen noch viel längere Arbeitszeiten vor.

Diese Angaben zeigen erneut, wie notwendig ein gesetzliches Eingreifen wäre. Bei der in dieser Industrie üblichen schweren Arbeit, muß eine solche übermäßig lang Arbeitszeit auf die Gesundheit der Arbeit geradezu ruinierend wirken. Dem christlichen Metallarbeiterverband gebührt das Verdienst, sich von allen Organisationen der Metallindustrie als erste in entscheidender und tatkräftiger Weise gerade dieser bedrückten Arbeiterkategorie angenommen zu haben.

Versammlungskalender.

- Aachen. 16. Sept., 1/2 8 Uhr, im Gasthaus zum Schlüssel.
- Biondaderbach. 17. Sept., 2 Uhr, bei Edmund Schneider-Lanek.
- Düsseldorf. 17. Sept., 11 Uhr, bei Peter Pütz.
- Erf. 18. Sept., 8 Uhr, bei Georg Rade.
- Krefeld. 16. Sept., 8 1/2 Uhr, bei Herkenrath, Klobbahn.
- Greiz. 29. Sept., 8 1/2 Uhr, im Gasthof „Burgkeller“.
- Graen. 18. Sept., 8 1/2 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung bei Anton Deben, Bachstr. 2. Jeden Freitag Abend von 7-9 Uhr Geschäftsfunden beim Kassierer Bachstr. 32.
- Hausen i. W. (Baden). 13. Sept., 8 Uhr, im Lokale Eisenwerk Hof i. B. 20. Sept., 1/2 9 Uhr, in der „Mosenau“, Fabrikzeile.
- Hilmitke. 17. Sept., 4 1/2 Uhr, bei Walperg.
- Hils. 17. Sept., abends 7 Uhr, bei Peter Angenleuf, Mitgliederversammlung. Morgens 11 Uhr, bei Peter Wahlen, Protektionsversammlung des christl. Bauhandwerkerverbandes.
- Rudersdorf. 22. Sept., 8 Uhr, bei Mes, am Markt.
- Vörsch. 24. Sept., Ausflug zum Stiftungsfest in Zell i. W. Abfahrt 10.52 Uhr.
- Winkelsh. 17. Sept., 5 1/2 Uhr, bei Frau W. J. Moenes.
- Wenden (Ruhr). 17. Sept., 10 Uhr, im Lokale zur Krone, am Markt.
- Windberg. 23. Sept., 1/2 9 Uhr, bei Mathias Welters.

Sterbe-Tafel.

- Es starben die Verbandsmitglieder:
- Johann Hubusch in Hinsbeck.
 - Ortilie Huke in Neumünster.
 - Heinrich Beuth in Düren.
 - Johann Pavonet in Eupen.
 - Hermann Pesenacker in Bocholt.
 - Emil Schmitz in Barmen.
 - Johann Peter Derichs in M.-Gladbach.
 - Klara Kossack in Forst i. L.
 - Anna Wassendorf in Greven.
 - Johann Hubert Herf in Verlautenheide.
 - Andreas Fremy in Aachen-Burtscheidt.
- Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Das Polizeiwesen in Preußen. (Heft 17 der Staatsbürgerbibliothek.) 8° (48) Preis 40 Pfg. M.-Gladbach 1911, Volkseigenen Verlag GmbH.

Inhalt: I. Geschichtliche Entwicklung des Begriffs Polizei. II. Wesen. III. Arten und Entwicklungszweige der Polizei. IV. Organisation und innere Einrichtung der Polizei. V. Das Polizeirecht. VI. Anhang. VII. Sachregister.

Der bedauerlichen Tatsache, daß manchem Staatsbürger das eigentliche Wesen und Wirken der Polizei sowie die Grenzlinie ihrer Befugnisse fast völlig fremd ist, wird durch vorliegendes Heftchen abgeholfen. In guter, übersichtlicher Anordnung werden nach geschichtlicher Entwicklung des Begriffs Polizei, ihre Arten und Wirkungszweige, ihre Organisation und innere Einrichtung dargestellt, worauf zum Polizeirecht übergeleitet wird, das als Polizeiverordnung, Polizeiverfügung und Polizeigebot im Alltagsleben bekanntlich eine große Rolle spielt.

Der Anhang bringt wissenschaftliches Gesetzmateriale und zwei Musterbeispiele von Polizeiverordnungen. Ein Sachregister erleichtert schnelles Zurechtfinden in dem empfehlenswertesten Werkchen.

Inhaltsverzeichnis.

Was zauderst du noch? — Artikel: Sozialistische Gewerkschaften und Partei. — Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1910. — Wie soll der Fortbildungsunterricht für Arbeiterinnen eingerichtet sein. — Der Besuch univ. Versammlungen. — Fruktionen: Aus dem Berufsleben und der Gedankenwelt der Arbeiterinnen. — Aus der Arbeiterbewegung: Eine Rundgebung des Ausschusses des deutschen Arbeiterkongresses. — Gift und Galle. — Zur nieder-rheinischen Tabakarbeiteraussperrung. — Scharfmacher und Sozialdemokratie Arm in Arm gegen die christlichen Gewerkschaften. — Verkräftung. — Die höhere Arbeitsleistung ohne entsprechende Vergütung. — Die Gewerkschaften in England 1910. — Buchdruckerverband und Neutralität. — Ein bemerkenswertes Geständnis. — Ein gelbes Kraut. — Aus unserer Industrie: Statistik der deutschen Woll- und Textilindustrie. — Dividendenverteilung im Textilgewerbe. — Antikristliche Volkstaktik. — Die starke Zunahme der Verwendung von Seide. — Aus dem Verbandsgebiete: Verlegung der Zentralkasse. — Zur Frage der Lokalbeiträge. — Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten: Düren. — Jödenbeck. — Krefeld. — Aus unseren Bezirken: Gau Vogtland. — Berichte aus den Ortsgruppen: Augsburg. — Greiz i. Vogtland. — Hof a. d. Saale. — Krefeld. — Schiffbahn. — Süchteln. — Soziale Rundschau: Die Arbeitszeit in der Großeisenindustrie Preußens im Jahre 1910. — Versammlungskalender. — Sterbetafel. — Literarisches.